

REPORT

IMK Report Nr. 202, August 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IN ZEITEN DER POLYKRISE

Produktivitäts- und Arbeitskostenentwicklung 2025

Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein, Nico Rudolf

AUF EINEN BLICK

- Geopolitische Verwerfungen, Trumps Zollpolitik, die chinesische Subventionspolitik, anhaltende und neue Kriege sowie die fortbestehende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern haben seit Ende 2022 zu einer ausgeprägten Nachfrageschwäche geführt. Nach zwei Jahren Abschwung stagnierte die deutsche Wirtschaft faktisch auch 2025, während der Arbeitsmarkt bemerkenswert robust war.
- Die deutschen Lohnstückkosten (LSK) stiegen 2025 zwar überdurchschnittlich. Dies ist in Rezessions- und Stagnationsphasen jedoch nicht ungewöhnlich, da sie sich antizyklisch entwickeln, und damit kein Indikator für die zukünftige Entwicklung sind. Entscheidend ist vielmehr die Entwicklung über einen längeren Zeitraum.
- Die Arbeitskostenentwicklung war 2025 unauffällig und nicht der wesentliche Treiber des LSK-Anstiegs. Ausschlaggebend war die anhaltende Nachfrageschwäche, die das BIP dämpfte und bei gleichzeitig robustem Arbeitsmarkt das Produktivitätswachstum bremste.
- Die schwache Produktivitätsentwicklung ist nur zu einem geringen Teil auf den beschleunigten Strukturwandel zurückzuführen. Auffällig ist die im internationalen Vergleich geringe Kapitalakkumulation bei Informations- und Kommunikationstechnologien, die auf unzureichende Investitionen in Digitalisierung und Zukunftstechnologien hindeutet.
- Insgesamt sprechen die Ergebnisse dafür, dass vor allem die allgemeine Abschwächung des Produktivitätswachstums – auch infolge der konjunkturellen Schwäche – sowie zu geringe Investitionen in Digitalisierung und Innovation die aktuelle Entwicklung prägen.
- Forderungen nach Lohnzurückhaltung oder Sozialabbau wären daher der falsche Weg. Stattdessen sollten Investitionen in Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Innovation – insbesondere im Dienstleistungssektor – den Faktor Arbeit kollaborativ dabei unterstützen, seine Fähigkeiten zu erweitern und die Arbeitsproduktivität nachhaltig zu erhöhen.



AUDIOKOMMENTAR

Ulrike Stein und Alexander Herzog-Stein im Gespräch zur Produktivitäts- und Arbeitskostenentwicklung in Deutschland
<https://bit.ly/imkreport202>

INHALT

Polykrise ohne Ende?	3
Wirtschaftliche Stagnation bei vergleichsweise robuster Arbeitsmarktentwicklung	4
Wachstumsschwäche des BIP setzt sich auch im Jahr 2025 fort	4
Vergleichsweise robuste Arbeitsmarktentwicklung	5
Weiterhin dynamische Lohnstückkostenentwicklung im Euroraum	7
Lohnstückkosten und preisliche Wettbewerbsfähigkeit	8
Die Lohnstückkostenentwicklung während der Polykrise	10
Entwicklung der Arbeitskosten in der EU	12
Deutsche Arbeitskosten entwickeln sich seit 2020 durchschnittlich	12
Bruttoverdienste und Lohnnebenkosten	14
Mögliche Ursachen für die schwache Produktivitätsentwicklung	16
Komponentenzerlegung der Arbeitsproduktivität – Was sind die Treiber?	16
Diskussion: Produktivitätsentwicklung in den USA vs. Europa/Deutschland	19
Shift-Share-Analyse: Welche Rolle spielt der Strukturwandel?	21
Fazit: Zentrale Erkenntnisse zur Produktivitätsentwicklung	25
Infobox 1: Untersuchungsrahmen	4
Infobox 2: Komponentenzerlegung des Produktivitätswachstums	17
Infobox 3: Methodisches zur Shift-Share-Analyse der Wirkung des Strukturwandels auf die Produktivitätsentwicklung	22
Literatur	27
Impressum	28

AUTORENSCHAFT



Prof. Alexander Herzog-Stein, PhD
Referatsleitung Arbeitsmarktökonomik
alexander-herzog-stein@boeckler.de



Ulrike Stein, PhD
Referatsleitung Rente, Löhne, Ungleichheit
ulrike-stein@boeckler.de



Nico Rudolf
Student Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen
nico-rudolf@web.de

POLYKRISE OHNE ENDE?

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 gilt allgemein als Beginn der sogenannten Polykrise, also einer Phase aufeinander folgender multipler Krisen. Es gab noch keine Phase in der jüngeren Geschichte, in der so viele unterschiedliche Ereignisse, die krisenhafte ökonomische Schocks zur Folge hatten, innerhalb kurzer Zeit die deutsche Wirtschaft trafen (Abbildung 1). Die Abfolge multipler Krisen stellte Deutschland zunehmend vor große Herausforderungen, trug letztlich auch zum Bruch der Ampelregierung Ende 2024 bei und erschwert das politische Handeln für die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD.

Das Jahr 2025 war für Deutschland erneut wirtschaftlich herausfordernd. Nachdem die deutsche Wirtschaft aufgrund der anhaltenden Polykrise – mit der Energiekrise als neuem zentralen Baustein in der Reihe multipler Krisen – 2023 geschrumpft war und 2024 stagnierte, kam sie auch im abgelauenen Jahr kaum von der Stelle. Hierfür waren die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen weiterhin zu groß. Jedoch entstanden mit den Neuwahlen sowie der neuen schwarz-roten Bundesregierung, die mit Unterstützung der Grünen eine weitreichende Finanzverfassungsreform umgesetzt hat, neue Hoffnungen, die Abschwungphase zu überwinden und durch frische Impulse die Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung zu schaffen.

Für das Jahr 2026 wurde daher eine wirtschaftliche Trendwende erwartet. Zu Beginn des Jahres

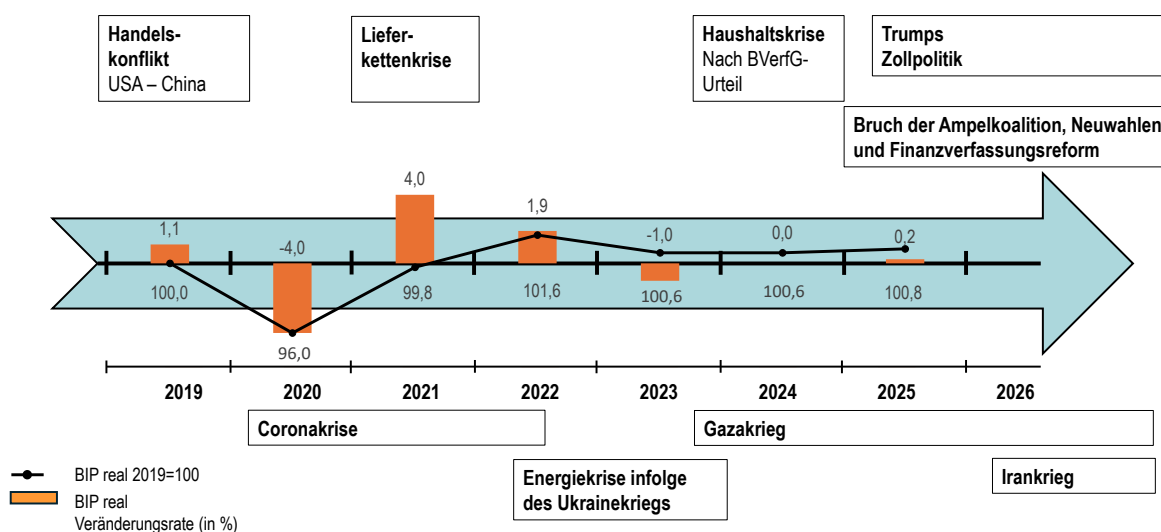
deuteten die Prognosen insbesondere aufgrund der Impulse des Sondervermögens für Infrastruktur auf eine positive Entwicklung hin. Aber der durch den Irankrieg ausgelöste neue Energiepreisschock dürfte die deutsche Konjunktur 2026 merklich dämpfen und die zuvor angelegte Erholung zumindest verzögern, wenn nicht gar temporär zum Erliegen bringen. Ausschlaggebend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist, wie lange der kriegsrische Konflikt andauert und der internationale Handel durch die Straße von Hormus beeinträchtigt bleibt (Breuer et al. 2026). Damit weitet sich die Polykrise um ein weiteres Krisenereignis aus und setzt sich zunächst auch im Jahr 2026 weiter fort.

Deutschland ist zudem aufgrund seines im europäischen Vergleich großen Industriesektors und seiner hohen Exportabhängigkeit in besonderem Maße von den geopolitischen Verwerfungen betroffen. Insbesondere die Zollpolitik der USA unter Donald Trump, die zunehmende Wettbewerbskonkurrenz aus China und die anhaltende Nachfrageschwäche belasten die deutsche Wirtschaft. Hinzu kommen die anhaltend hohen Energiepreise, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zusätzlich beeinträchtigen.

Vor diesem Hintergrund erfolgt in diesem Report eine Analyse der Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten im europäischen Vergleich. Neben der Entwicklung der Arbeitskosten liegt dabei ein besonderer Fokus auf der Produktivitätsentwicklung in Deutschland.

Abbildung 1

Deutschland in der Polykrise¹



¹ Die Daten für das Niveau und die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland basieren auf den am 30.07.2026 veröffentlichten und bis 2011 zurück revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes.



Infobox 1: Untersuchungsrahmen

Für die nachfolgende Berichterstattung dienen der Euroraum mit seinen im Jahr 2025 insgesamt 20 Mitgliedsländern sowie die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten als Vergleichsmaßstab. Untersuchungszeitraum sind die Jahre 2000 bis einschließlich 2025.

Für detailliertere Analysen werden neben Deutschland die drei nächstgrößten Volkswirtschaften des Euroraums – Frankreich, Italien und Spanien – betrachtet. Zusammen repräsentieren diese vier Länder, sowohl gemessen an der Bruttowertschöpfung als auch an der Beschäftigung, mehr als 70 % des Euroraums. Ergänzend werden mit den Niederlanden, Österreich und Belgien drei direkte Nachbarländer Deutschlands in den europäischen Vergleich einbezogen. Mit dieser Länderauswahl werden insgesamt rund 85 % der Bruttowertschöpfung und der Beschäftigung im Euroraum abgedeckt.

WIRTSCHAFTLICHE STAGNATION BEI VERGLEICHSGEWEISE ROBUSTER ARBEITSMARKTENTWICKLUNG

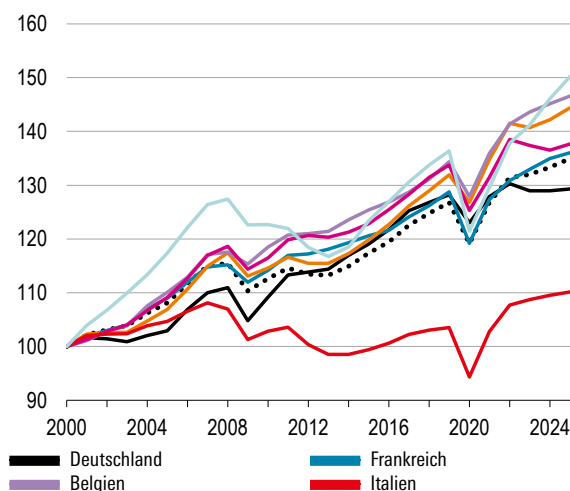
Wachstumsschwäche des BIP setzt sich auch im Jahr 2025 fort

Der Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2020 fiel in Deutschland geringer aus als im Euroraum insgesamt. Entsprechend musste auch die wirtschaftliche Erholung im darauffolgenden Jahr weniger stark ausfallen. Während sich die Entwicklung 2021 zunächst noch weitgehend parallel zum Euroraum vollzog, zeigte sich ab 2022 zunehmend eine Entkopplung der deutschen Wirtschaftsentwicklung vom übrigen Euroraum (Abbildung 2). Dies fällt zeitlich zusammen mit dem Einsetzen des Energiepreisschocks durch die russische Invasion in der Ukraine. Zwar verzeichnete Deutschland im Jahr 2022 weiterhin ein Wirtschaftswachstum, dieses fiel mit 1,8 % jedoch nur etwa halb so hoch aus wie im Euroraum insgesamt (3,7 %). Die wirtschaftliche Divergenz zwischen Deutschland und dem Euroraum verstärkte sich seither weiter. Während das Wirtschaftswachstum im Euroraum trotz der anhaltenden Krisen in den Jahren 2023 und 2024 sich zwar verlangsamte, mit 0,4 % beziehungsweise 1,0 % aber positiv blieb und im Jahr 2025 wieder 1,4 % erreichte, nahm die

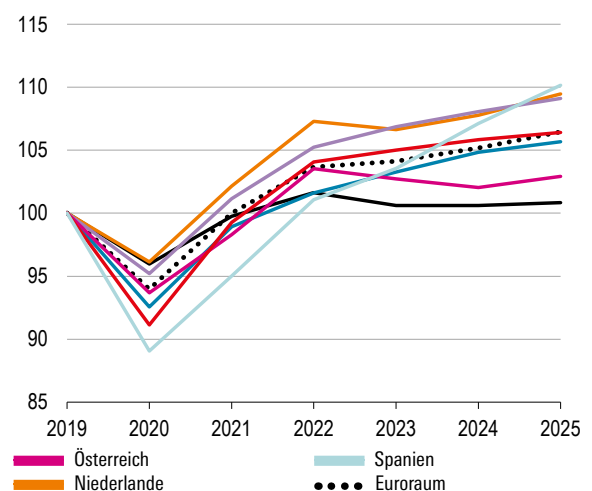
Abbildung 2

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum¹ Jahresbasis

a) 2000=100



b) 2019=100



² Die Daten für die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland basieren auf den am 30.07.2026 veröffentlichten und bis 2011 zurück revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Für die anderen europäischen Volkswirtschaften liegen von Eurostat noch keine revidierten Jahreszahlen vor.

Wirtschaftsleistung in Deutschland 2023 um 1,0 % ab und stagnierte 2024. Auch im Jahr 2025 kam die deutsche Wirtschaft kaum in Schwung, stagnierte mit einem Wachstum von lediglich 0,2 % faktisch erneut und verzeichnete das niedrigste Wirtschaftswachstum der sieben Volkswirtschaften.

Neben der anhaltenden Polykrise mit ihren multiplen Krisenereignissen ist die deutsche Wirtschaft mit weiteren Gegenwinden konfrontiert, bei denen es sich nicht um Krisenereignisse handelt, die aber die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich erschweren und bei der Analyse der ausgeprägten Wachstumsschwäche nach der langen Aufschwungphase der 2010er-Jahre zu berücksichtigen sind. Zum einen hat das bisherige deutsche Exportmodell aufgrund geopolitischer Veränderungen und der aggressiven Subventionspolitik Chinas seine bisherige Tragfähigkeit eingebüßt (Bauermann et al. 2026). Zum anderen belasten der hausgemachte langjährige Stau bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur die wirtschaftliche Entwicklung (Dullien et al. 2024). Zudem ist zu berücksichtigen, dass für eine Volkswirtschaft wie Deutschland mit ihrem im Vergleich zu anderen Industrieländern weiterhin hohen Industrieanteil die damit verbundene stärkere Abhängigkeit von den Energiepreisen ein wichtiger Wettbewerbsfaktor ist, der schwerer ins Gewicht fällt als in entwickelten Volkswirtschaften mit merklich geringeren Industrieanteilen. Daher belasten anhaltend höhere Energiepreise die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland vergleichsweise stärker.

Vergleichsweise robuste Arbeitsmarktentwicklung

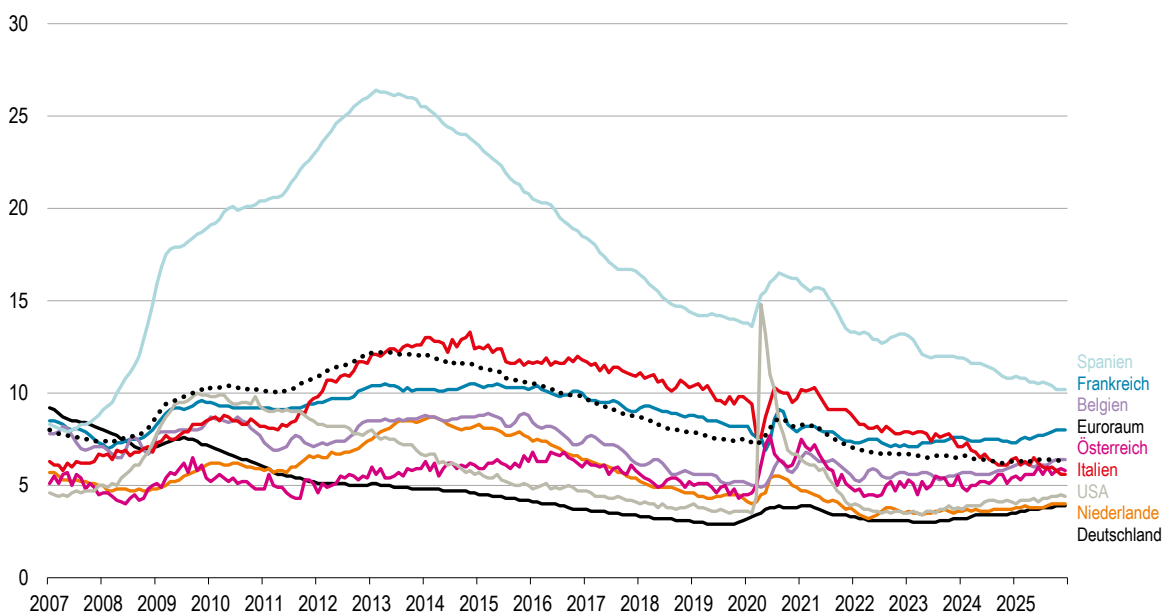
Trotz der anhaltenden Polykrise und dem weiterhin schwierigen konjunkturellen Umfeld haben sich die europäischen Arbeitsmärkte insgesamt als robust erwiesen. Im Euroraum lag die Arbeitslosenquote nach der ILO-Definition Ende 2025 wie ein Jahr zuvor unverändert bei 6,3 % und damit saisonbereinigt um 1,2 Prozentpunkte niedriger als Ende 2019 (Abbildung 3). Auch in Deutschland hat sich die anhaltende Wirtschaftsschwäche bisher noch nicht stark auf den Arbeitsmarkt übertragen. Mit 3,9 % hatte Deutschland Ende 2025 noch immer die niedrigste Arbeitslosenquote der hier betrachteten Länder. Deutschland zählt aber zu den Mitgliedsstaaten, in denen die Arbeitslosigkeit im Verlauf der Polykrise zugenommen hat, insbesondere in der Abschwungphase seit Ende 2022. Die Arbeitslosenquote ist 0,8 Prozentpunkte höher als im September 2022 und 1,0 Prozentpunkte höher als im Oktober 2019, dem damaligen Tiefststand bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. In Belgien (+1,0 Prozentpunkte), Frankreich (+0,9 Prozentpunkte), Österreich (+0,6 Prozentpunkte) und den Niederlanden (+0,2 Prozentpunkte) ist die Arbeitslosigkeit seit Herbst 2022 ebenfalls gestiegen.

Die Arbeitslosenquote in Deutschland war Ende 2025 auch niedriger als in den Vereinigten Staaten (4,4 %). Auffällig ist zudem, dass die Arbeitslosenquoten Deutschlands und der USA seit Ende 2019 – mit Ausnahme der unmittelbaren Reaktion während der Corona-Pandemie – einen parallelen leicht

Abbildung 3

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa und den Vereinigten Staaten

Arbeitslosigkeit für alle Altersgruppen in % der Erwerbspersonen, Monatsdurchschnitte, saisonbereinigt



Quelle: Macrobond (Eurostat); (Datenstand 12.06.2026).

ansteigenden Verlauf aufweisen, wobei die Arbeitslosenquote in den USA durchgehend leicht über der deutschen lag. In beiden Volkswirtschaften lagen im Dezember 2025 die Arbeitslosenquoten mit jeweils 0,8 Prozentpunkten auch weiterhin über dem Niveau vor Ausbruch der Corona-Pandemie.

Über den Zeitraum der Polykrise hinweg stieg die Erwerbstätigkeit in allen sieben betrachteten Volkswirtschaften sowie im Euroraum insgesamt an, die

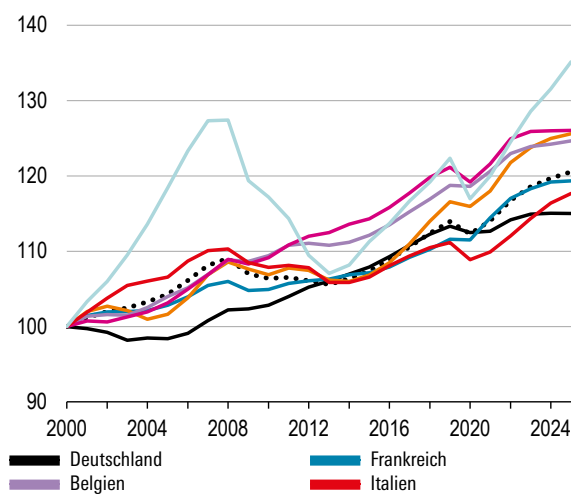
Beschäftigungsdynamik war jedoch sehr heterogen (Abbildung 4). Während im Euroraum als Ganzes die Beschäftigung von 2019 bis 2025 um durchschnittlich 0,9 % pro Jahr zunahm, verzeichnete Deutschland mit im Durchschnitt 0,3 % pro Jahr das mit Abstand niedrigste Beschäftigungswachstum; Österreich folgte mit durchschnittlich 0,7 % pro Jahr. Den stärksten Erwerbstätigenzuwachs hatte Spanien mit im Durchschnitt 1,7 % pro Jahr.

Abbildung 4

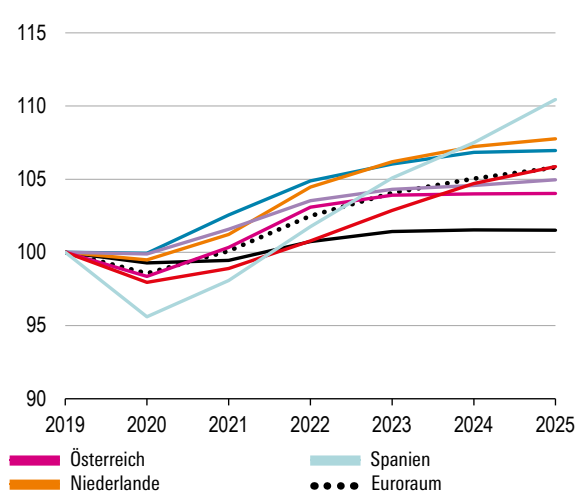
Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Euroraum

Jahresbasis

a) 2000=100



b) 2019=100



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 10.06.2026).

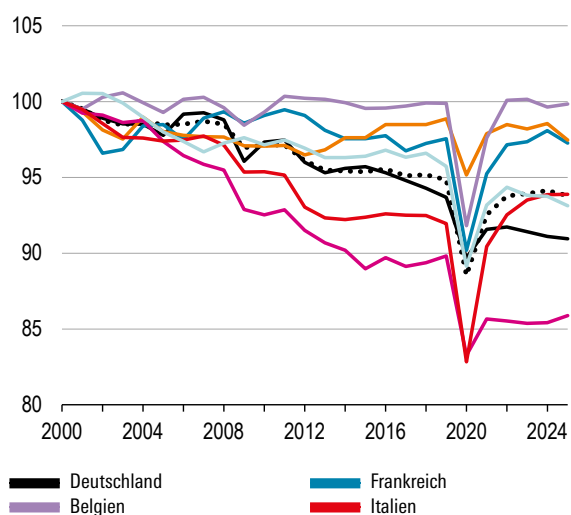
IMK

Abbildung 5

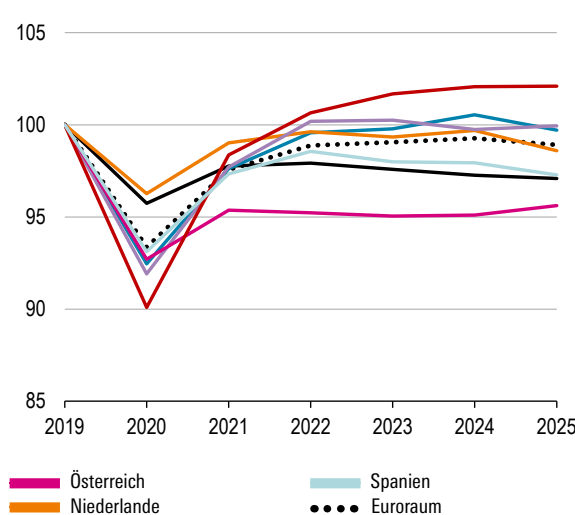
Entwicklung der Erwerbstätigenstunden je Erwerbstätigen im Euroraum

Jahresbasis

a) 2000=100



b) 2019=100



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 10.06.2026).

IMK

Im Zeitraum des langen Abschwungs in Deutschland hatten Deutschland und Österreich die geringsten durchschnittlichen Zuwächse bei den Erwerbstätigen (jeweils 0,3 % pro Jahr zwischen 2022 und 2025), während im gesamten Euroraum die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt um 1,1 % pro Jahr zunahm. Spanien hatte die dynamischste Beschäftigungsentwicklung mit im Durchschnitt 2,8 % pro Jahr, gefolgt von Italien mit 1,6 % pro Jahr.

Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen sank im Euroraum von 2019 bis 2025 durchschnittlich um 0,2 % pro Jahr (Abbildung 5). Besonders stark war der Rückgang in Österreich (-0,7 % pro Jahr) und Deutschland sowie Spanien (jeweils -0,5 % pro Jahr). In den Niederlanden betrug er durchschnittlich -0,2 % pro Jahr. Nur in Italien stieg die Arbeitszeit deutlich (+0,3 % pro Jahr), während sie in Frankreich und Belgien faktisch stagnierte.

Entsprechend entwickelte sich das Arbeitsvolumen – die Summe der geleisteten Arbeitsstunden – in diesen Ländern verhaltener (Abbildung 6). Deutschland verzeichnete seit 2019 den stärksten Rückgang (-0,2 % pro Jahr), gefolgt von Österreich (-0,1 % pro Jahr). Im Euroraum insgesamt stieg das Arbeitsvolumen während der Polykrise um durchschnittlich 0,8 % pro Jahr, in den Niederlanden um 1,0 % pro Jahr. Die dynamischsten Zuwächse gab es in Italien (+1,3 % pro Jahr), Spanien (+1,2 % pro Jahr) und Frankreich (+1,1 % pro Jahr). In Belgien nahm das Arbeitsvolumen um 0,8 % pro Jahr zu.

WEITERHIN DYNAMISCHE LOHNSTÜCKKOSTENENTWICKLUNG IM EURORAUM

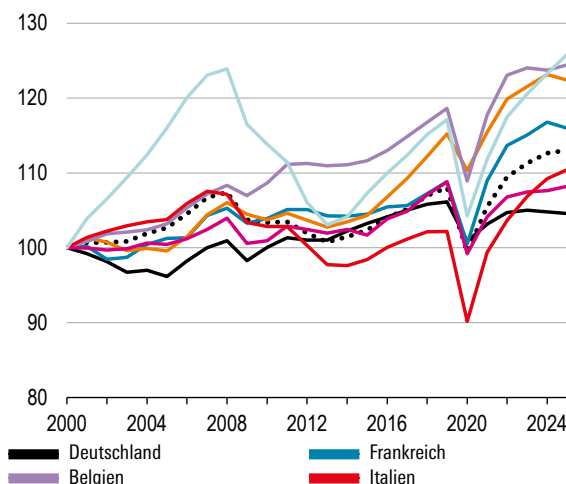
Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung beeinflussen die Lohnstückkosten maßgeblich. Während sich in den Polykrisen Jahren 2020 bis 2022 die Lohnstückkosten in Deutschland und im Euroraum insgesamt mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von 2,1 % bzw. 2,3 % noch weitgehend im Einklang mit dem stabilitätskonformen Zielpfad der EZB entwickelten, lag das Lohnstückkostenwachstum in nahezu allen Mitgliedsländern sowie im Euroraum-Durchschnitt seitdem deutlich über den mit dem Inflationsziel im Einklang stehenden zwei Prozent pro Jahr. Der durch den russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 ausgelöste Energiepreisschock führte zu einer Kombination aus historisch hohen Inflationsraten, anhaltend schwachem – teilweise sogar negativem – BIP-Wachstum und einer damit verbundenen prozyklischen Verlangsamung des Arbeitsproduktivitätswachstums. In Deutschland kam es sogar zu einer langanhaltenden Abschwungphase von Ende 2022 bis 2025. Dies führte zu stark beschleunigten und persistierenden Anstiegen der Lohnstückkosten in den Folgejahren nach Ausbruch der Polykrise. In den Jahren 2023 bis 2025 nahmen die Lohnstückkosten in Deutschland durchschnittlich um 5,9 % und im Euroraum insgesamt um 4,5 % pro Jahr zu – die stärksten Anstiege verzeichnete Österreich mit durchschnittlich 6,4 %, die niedrigsten Frankreich mit 2,5 % (Abbildung 7b). Zwar hat sich das Wachstum der Lohnstückkosten in allen Ländern zuletzt

Abbildung 6

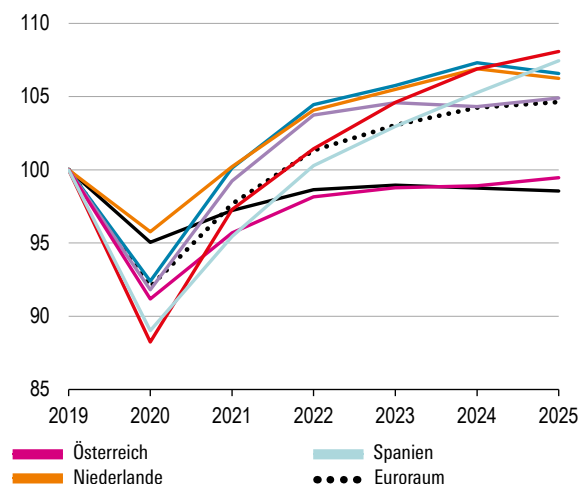
Entwicklung der Erwerbstätigenstunden im Euroraum

Jahresbasis

a) 2000=100



b) 2019=100



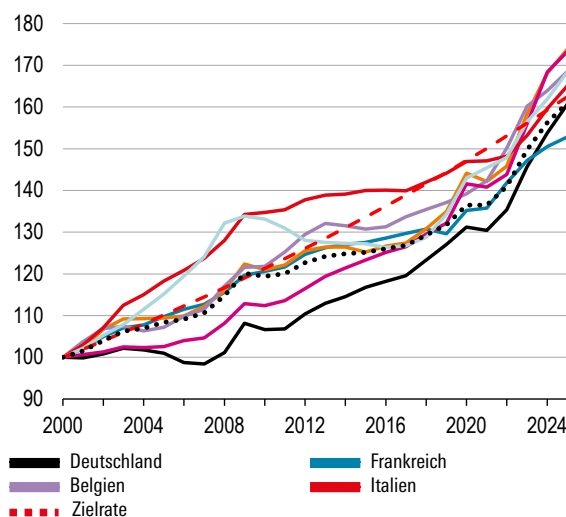
Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 10.06.2026).

IMK

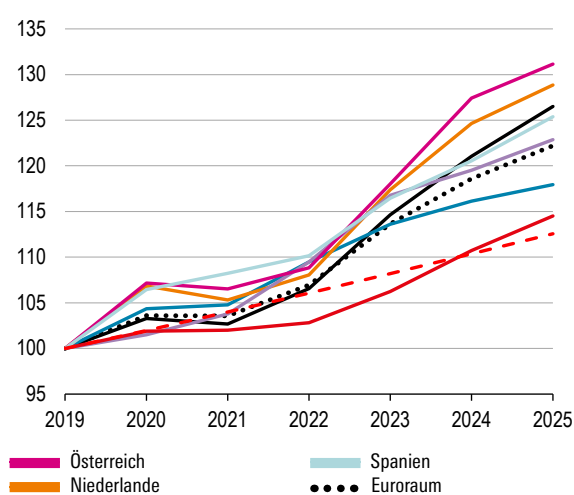
Lohnstückkostenentwicklung in der Gesamtwirtschaft im Euroraum

Jahresbasis

a) 2000=100



b) 2019=100



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 10.06.2026).

IMK

wieder deutlich verlangsamt, doch auch 2025 lag es noch nicht wieder auf dem stabilitätskonformen Zielpfad der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent pro Jahr.

Im Euroraum stiegen 2025 die Lohnstückkosten um 3,0 %. In Deutschland (+4,5 %), Spanien (+4,0 %), Italien und den Niederlanden (jeweils +3,4 %) fiel der Zuwachs dabei höher aus als im Durchschnitt des Euroraums. In Belgien lag die Zunahme der Lohnstückkosten mit 2,8 % zwar leicht unter dem Euroraum-Durchschnitt, jedoch weiterhin über dem stabilitätskonformen Zielpfad. In Frankreich dagegen lag der Anstieg mit 1,4 % deutlich unter dem Referenzwert von zwei Prozent.

In Deutschland war die Entwicklung der Lohnstückkosten 2025 nochmals von der nachholenden Anpassung der Löhne an die Energiepreisschocks der Vorjahre geprägt. Die Lohnentwicklung war in Teilen zudem auch eine Antwort auf die von der Unternehmensseite erzielten Extragewinne infolge der Energiepreisschocks der Vorjahre. Von daher spiegelt diese Entwicklung stark die Vergangenheit wider und hat viel mit der nachlaufenden Eigenschaft der Verdienste zu tun, sagt aber vermutlich wenig über die zukünftige Entgeltentwicklung aus. Bei Berücksichtigung all dieser Umstände ist davon auszugehen, dass der nochmals starke Anstieg der Lohnstückkosten 2025 weniger stabilitätsgefährdend sein dürfte, als die reine Betrachtung der Zahl zunächst vermuten ließe.

Lohnstückkosten und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

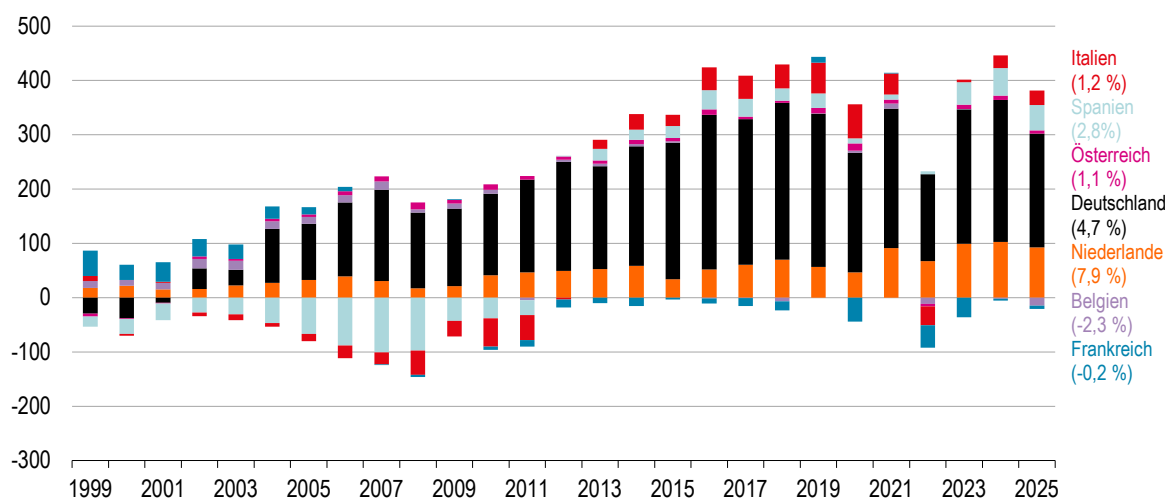
Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit lässt sich durch einen Vergleich der Lohnstückkostenentwicklung beurteilen. Ein geeigneter Indikator sind hierfür die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten – definiert als das Verhältnis von Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität jeweils auf Stundenbasis (Gleichung 1) –, da sie den Kosteneffekt mitberücksichtigen, der sich aus der Vorleistungsverflechtung von Industrie- und Dienstleistungssektoren ergibt. In Deutschland waren im Jahr 2025 die Arbeitskosten je Stunde im privaten Dienstleistungssektor 11,5 % niedriger als die des Verarbeitenden Gewerbes (► Tabelle 1 auf Seite 13). Damit ist im zeitlichen Verlauf die Größenordnung dieses Effekts in Deutschland merklich zurückgegangen, war aber weiterhin größer als in fast allen anderen Mitgliedstaaten.

Neben der Wahl der richtigen Form der Lohnstückkosten ist zudem der korrekte Startzeitpunkt für eine Analyse der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bedeutsam. Da Deutschland im Jahr 2001 zuletzt eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz (-0,4 % des nominalen BIP) aufwies, wird, wie in früheren Untersuchungen, das Jahr 2000 als Ausgangspunkt gewählt; seitdem war der deutsche Leistungsbilanzsaldo immer merklich positiv. Im Jahr 2025 betrug er laut der Europäischen

$$\text{Lohnstückkosten}_{\text{Stundenbasis}} \equiv \frac{\text{Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde}}{\text{Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde}} = \frac{W}{AP} \quad (1)$$

Leistungsbilanzsalden im Euroraum

in Mrd. EUR



Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Leistungsbilanzsalden in Prozent des jeweiligen BIP im Jahr 2025.

Quelle: Macrobond (Ameco; Datenstand 15.06.2026).

IMK

Kommission knapp 210 Mrd. Euro oder 4,7 % des nominalen BIP (Abbildung 8). Damit weist der Saldo seit 2016, als er mit fast 9 % des nominalen BIP seinen größten relativen Wert im Untersuchungszeitraum verzeichnete, einen rückläufigen Trend auf. Der Leistungsbilanzüberschuss des gesamten Euroraums betrug 2025 knapp 400 Mrd. Euro oder 2,5 % des nominalen BIP und ist damit im letzten Jahr um knapp 0,9 Prozentpunkte zurückgegangen.

In der langfristigen Betrachtung seit dem Jahr 2000 haben sich die Lohnstückkosten in Deutschland und dem Euroraum insgesamt mit einem durchschnittlichen Anstieg von 1,9 % pro Jahr stabilitätskonform entwickelt. Dies gilt auch mehr oder weniger für die anderen hier genauer betrachteten Volkswirtschaften. Deren durchschnittliches Lohnstückkostenwachstum in diesem Zeitraum bewegte sich in einer Spanne von 2,2 % pro Jahr in den Niederlanden und Österreich und 1,7 % in Frankreich.

Langfristig lassen sich drei Phasen der Lohnstückkostenentwicklung im Euroraum unterscheiden, die sich grob folgendermaßen beschreiben lassen.

In der ersten Phase bis zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, der sogenannten Großen Rezession, war das Lohnstückkostenwachstum im Euroraum insgesamt zwar im Durchschnitt im Wesentlichen stabilitätskonform, die Entwicklungen in den Mitgliedsländern waren aber sehr heterogen. Während Deutschland ein viel zu niedriges Wachstum verzeichnete und seine Wettbewerbsposition gegenüber dem Rest des Euroraums merklich verbesserte, wiesen Länder wie Italien, Spanien und Griechenland ein zu hohes Wachstum auf und ver-

schlechterten ihre Wettbewerbsposition – in beiden Fällen war die Lohnstückkostenentwicklung jedenfalls nicht stabilitätskonform. Diese Divergenzen trugen maßgeblich zu den Ungleichgewichten bei, die letztlich zu der Eurokrise der 2010er-Jahre führten (Herzog-Stein et al. 2019).

Die 2010er-Jahre bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie waren von den Folgen der Eurokrise, den politischen Auflagen der Troika aus EU, EZB und IWF sowie der Austeritätspolitik geprägt, die vor allem Griechenland, Italien, Portugal und Spanien betraf, und in der die Anpassungslasten des Abbaus der Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone faktisch allein von den Krisenländern getragen wurden. In dieser Phase nahmen die Lohnstückkosten in den Krisenländern kaum noch zu und sanken sogar teilweise stark, während sich die Lohnentwicklung in Deutschland normalisierte und einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik folgte. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2,1 % pro Jahr (2008–2019) entsprach das Lohnstückkostenwachstum hier in etwa dem EZB-Inflationsziel, was mit dazu beitrug, dass die deutsche Volkswirtschaft eine zehn Jahre dauernde Wachstumsphase erlebte, aber diese Lohnstückkostenentwicklung leistete keinen Beitrag zum Abbau der Ungleichgewichte. Im Euroraum insgesamt war die Entwicklung dagegen nicht stabilitätskonform (Abbildung 7a) und in der ersten Hälfte der 2010er-Jahre sogar deflationär. Deutschland profitierte weiterhin von seiner guten Wettbewerbsposition.

In der dritten Phase (2020 bis 2025), einem durch die Polykrise geprägten Zeitabschnitt, stiegen die Lohnstückkosten in der Eurozone insgesamt stark an und mit Ausnahme Italiens auch in

den meisten betrachteten Volkswirtschaften. Die durchschnittliche Zuwachsrate im Euroraum lag bei 3,4 % pro Jahr, wobei Österreich mit +4,6 % pro Jahr die höchsten Zuwächse verzeichnete, gefolgt von den Niederlanden (+4,3 % pro Jahr) und Deutschland (+4,0 % pro Jahr). Italien wies mit +2,3 % pro Jahr den niedrigsten Anstieg auf.

In Deutschland verlief die Entwicklung, wie bereits weiter oben beschrieben, gespalten: Während das Lohnstückkostenwachstum in den Jahren 2020 bis 2022 im Einklang mit dem EZB-Ziel war und sogar leicht unter dem Euroraum-Durchschnitt blieb, stieg es in der langen Abschwungphase der Jahre 2023 bis 2025 auf durchschnittlich 5,9 % pro Jahr an. Damit lag Deutschland nach Österreich und den Niederlanden auf Platz drei der höchsten Zuwachsraten und deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von 4,5 % pro Jahr. Folge war eine Abnahme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Eurozone, wobei im Jahr 2025 Deutschland nach Frankreich immer noch die günstigste Wettbewerbsposition der hier betrachteten Volkswirtschaften aufweist.

Die Lohnstückkostenentwicklung während der Polykrise

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage nach den Gründen für diese Entwicklung der Lohnstückkosten in den letzten Jahren und inwieweit dies krisenbedingt ist?

Für Antworten auf die Frage nach den Gründen bietet sich als Ausgangspunkt der detaillierte Blick auf die mathematische Formel für die Lohnstückkosten in Gleichung (1) an. Sie ermöglicht es, die Ur-

sachen von Veränderungen der Lohnstückkosten näher zu bestimmen und beispielsweise zu unterscheiden, ob ein Anstieg auf relativ schnell steigende Arbeitskosten oder auf eine relativ schwächere Produktivitätsentwicklung zurückzuführen ist. Denn die (diskrete) Veränderungsrate der Lohnstückkosten zwischen zwei Zeitpunkten t und $t-1$ entspricht näherungsweise der Differenz aus der Veränderungsrate der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde und der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis:

$$g_{LSK} = \frac{g_W - g_{AP}}{1 + g_{AP}} \approx g_W - g_{AP}, \quad (2)$$

wobei g_x für die Veränderungsrate der jeweiligen Variablen $X = \{LSK, W, AP\}$, W für die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde und AP für die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde stehen.

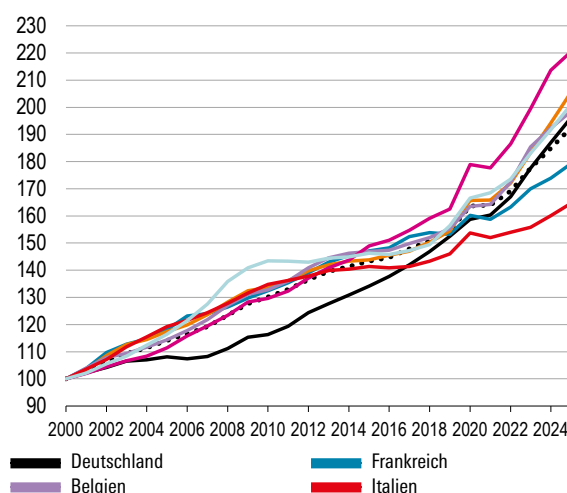
Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde

Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde in Deutschland und im Euroraum insgesamt haben sich über den gesamten Untersuchungszeitraum seit dem Jahr 2000 mit einer Zuwachsrate von rund 2,7 % pro Jahr (faktisch) identisch entwickelt (Abbildung 9). Die Lohnentwicklung in den betrachteten sieben Volkswirtschaften lag dabei in einer Spanne von im Durchschnitt 3,2 % pro Jahr in Österreich und 2,0 % pro Jahr in Italien. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hatte Deutschland nach Italien und Frankreich das drittniedrigste Stundenentgeltwachstum.

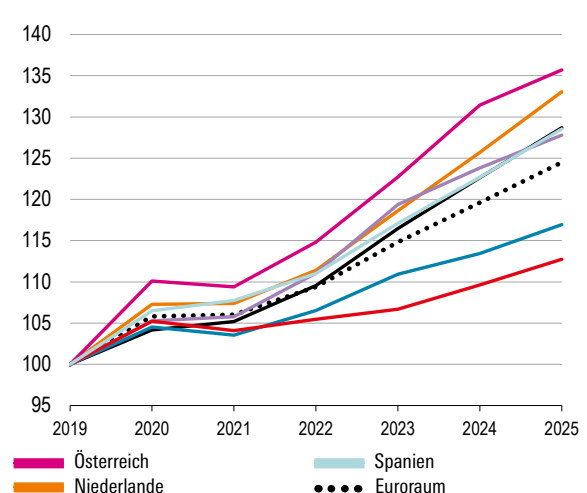
Abbildung 9

Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte je Stunde im Euroraum Jahresbasis

a) 2000=100



b) 2019=100



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 10.06.2026).

Während in Deutschland die Stundenlöhne vor der Wirtschafts- und Finanzkrise wesentlich schwächer zunahmen als im Euroraum insgesamt, entwickeln sie sich seitdem dynamischer. Bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie und damit dem Beginn der Polykrise spiegeln sich in der dynamischen Lohnentwicklung die günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland und die damit einhergehenden Engpässe in einzelnen Arbeitsmarktsegmenten wider. So erreichte die international vergleichbare Erwerbslosenquote in Deutschland im Jahresverlauf 2019 mit 2,9 % ihren Tiefststand (► **Abbildung 3 auf Seite 5**). Zudem dürfte die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 die günstigere gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung ebenfalls unterstützt haben. In der langfristigen Betrachtung bis zum Jahr 2019 reicht diese dynamischere Entgeltentwicklung in Deutschland hingegen nicht ganz aus, um die vorangegangenen geringeren Anstiege in der Phase vor der Wirtschafts- und Finanzkrise auszugleichen. Das durchschnittliche Arbeitsentgeltwachstum im Euroraum lag im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2019 bei im Durchschnitt 2,3 % pro Jahr, gegenüber 2,2 % pro Jahr in Deutschland.

In der Phase der Polykrise nehmen die Arbeitnehmerentgelte in Deutschland deutlich stärker zu als im Durchschnitt des Euroraums, wobei dies besonders ausgeprägt ab der Energiekrise im Jahr 2022 und der darauffolgenden Abschwungphase der Jahre 2023 bis 2025 zutrifft. In den Krisen-jahren 2020 und 2021 war die durchschnittliche Lohnkostenentwicklung in Deutschland mit 2,6 % pro Jahr verhaltener als im Durchschnitt des Euroraums (3,0 % pro Jahr) und auch schwächer als in den Jahren unmittelbar vor der Coronakrise. Ab

2022 beträgt der durchschnittliche Zuwachs in Deutschland 5,2 % pro Jahr – dies ist nach den Niederlanden und Österreich mit 5,5 % pro Jahr der drittschnellste Anstieg und deutlich schneller als im Durchschnitt im Euroraum (+4,1 % pro Jahr). Es spricht daher einiges dafür, dass diese temporär starken Lohnkostenanstiege in Deutschland und auch in anderen europäischen Volkswirtschaften krisenbedingt sind. In Teilen dürften sie die Folge einer prozyklischen Reduktion der Arbeitsstunden durch Instrumente der internen Flexibilität und einer verzögerten Reaktion auf die hohen Preissteigerungsraten infolge der Energiekrise sein. In Deutschland dürfte auch ein Nachholeffekt bezüglich der relativ verhaltenen Lohnentwicklung in den ersten beiden Jahren der Covid-19-Pandemie (2020 und 2021) eine Rolle gespielt haben. Der merkbliche Beschäftigungsaufbau in vielen Dienstleistungsbereichen unterstützte ebenfalls die dynamische Lohnentwicklung.

Die temporär höheren Lohnkostenanstiege tragen zwar zu einem Anstieg der Lohnstückkosten bei, sind jedoch angesichts ihrer Größenordnung nicht die wesentlichen Treiber der Entwicklung.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität

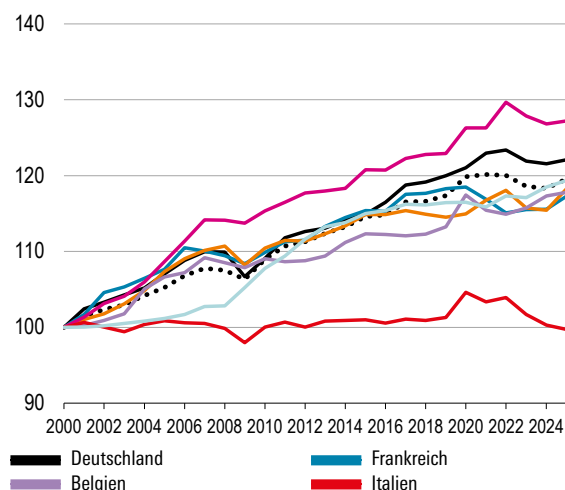
Die zweite wesentliche Komponente der Lohnstückkosten ist die Arbeitsproduktivität. Im Vergleich zu den anderen hier untersuchten europäischen Volkswirtschaften verzeichnete Deutschland im Betrachtungszeitraum – nach Österreich – das schnellste Wachstum der Arbeitsproduktivität (**Abbildung 10a**). Zwischen 2000 und 2022 stieg die Arbeitsproduktivität (auf Stundenbasis) in Deutschland durchschnittlich um 1,0 % pro

Abbildung 10

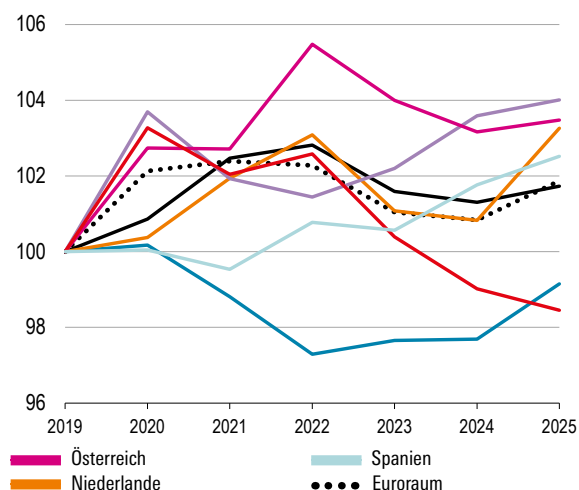
Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Euroraum

Jahresbasis

a) 2000=100



b) 2019=100



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 10.06.2026).

Jahr, in Österreich um 1,2 % und im Euroraum um 0,8 %.

Aufgrund des Wirtschaftsabschwungs ab Ende 2022 war das Produktivitätswachstum in Deutschland 2023 und 2024 negativ und ging insgesamt um 1,5 % zurück. Erst 2025 nahm es wieder leicht – jedoch weiterhin gedämpft – um 0,4 % zu (Abbildung 10b). Diese Entwicklung ist für Deutschland nicht außergewöhnlich. Bisher verlief das Arbeitsproduktivitätswachstum stets prozyklisch, da in Abschwungphasen mit schwacher gesamtwirtschaftlicher Nachfrage Arbeitskräfte gehalten werden. So ging die Arbeitsproduktivität während der Großen Rezession 2008 und 2009 vorübergehend um mehr als drei Prozent zurück.

Auch wenn dies oft erst mit Verzögerung im Rückblick eindeutig zu identifizieren ist, da Zeitreihen zur Produktivitätsentwicklung erheblichen Revisionen unterliegen, ist davon auszugehen, dass dieser Effekt aus Nachfrageschwäche und Halten von Arbeit seit Ende 2022 in nicht unerheblichem Maß zur schwachen Produktivitätsentwicklung der letzten Jahre mit beigetragen haben dürfte. Insbesondere da aufgrund der immer stärker spürbar werdenden Effekte des demografischen Wandels Betriebe Beschäftigte halten, wenn sie erwarten, dass sich ihre Geschäftssituation in absehbarer Zukunft wieder verbessern wird.

Mit Ausnahme Frankreichs, Belgiens und Spaniens war das Produktivitätswachstum auch in den anderen hier betrachteten Ländern und im Euroraum insgesamt in den Jahren 2023 und 2024 negativ, in Italien sogar noch 2025.

Am aktuellen Rand könnte ein gewisser Teil der schwachen Produktivitätsentwicklung in Deutschland auch auf den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel bei der Beschäftigung zurückzuführen sein, da Industriearbeitsplätze ab- und Dienstleistungsarbeitsplätze in den Bereichen der öffentlichen Dienste aufgebaut werden. Inwieweit dies tatsächlich der Fall ist und welche anderen möglichen Einflussfaktoren auf die Produktivitätsentwicklung gewirkt haben, wird auf ► Seite 16 ff. nachgegangen.

ENTWICKLUNG DER ARBEITSKOSTEN IN DER EU

Deutsche Arbeitskosten entwickeln sich seit 2020 durchschnittlich

Die seit den 2020er Jahren anhaltende Mehrfachkrisse und die damit verbundenen, zwischen den Ländern teilweise unterschiedlichen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Reaktionen erschweren die isolierte Interpretation der Arbeitskostenentwick-

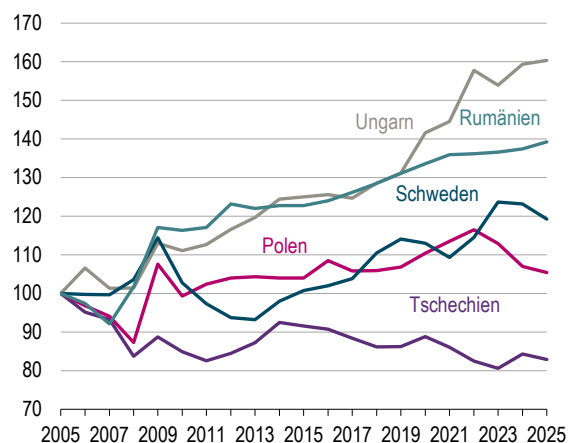
lung einzelner Jahre.¹ Daher wird im Folgenden nicht nur die Position Deutschlands im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2025 betrachtet, sondern auch analysiert, wie sich die deutschen Arbeitskosten seit 2020 im europäischen Vergleich entwickelt haben.

Im Jahr 2025 betrugen die deutschen Arbeitskosten in der Privatwirtschaft 45,7 Euro je Stunde (Tabelle 1). Damit nimmt Deutschland im Arbeitskostenvergleich der europäischen Volkswirtschaften den siebten Platz ein, nachdem es ein Jahr zuvor noch auf Rang fünf gelegen hatte. Schweden (46,6 Euro) und die Niederlande (46,2 Euro) haben sich vor Deutschland geschoben.

Für die Entwicklung der schwedischen Arbeitskosten war unter anderem die Aufwertung der Schwedischen Krone im Jahr 2025 von großer Bedeutung, nachdem sie in den letzten Jahren immer wieder stark abgewertet hatte (Abbildung 11). Dadurch fiel der Anstieg der schwedischen Arbeitskosten in Euro mit 7,2 % nahezu doppelt so hoch aus wie in Landeswährung mit 3,7 %. Dies verdeutlicht den großen Einfluss von Wechselkurschwankungen auf internationale Arbeitskostenvergleiche. Wie bereits in früheren Jahren zu beobachten war, können Wechselkursschwankungen zu stärkeren

Abbildung 11

Wechselkurse ausgewählter EU-Länder gegenüber dem Euro 2005=100



Eine steigende (fallende) Linie bedeutet, dass die nationale Währung gegenüber dem Euro abwertet (aufwertet).

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK.

IMK

¹ Die Arbeitskosten pro Stunde werden von der Eurostat-Datenbank auf Jahresbasis bereitgestellt. Als Grundlage für die Berechnungen der Arbeitskostenniveaus je Arbeitsstunde verwendet Eurostat die zuletzt verfügbaren Daten der Arbeitskostenerhebung (AKE). Diese Erhebung wird nur alle vier Jahre in Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) durchgeführt. Die aktuell verfügbaren Daten stammen aus der AKE des Jahres 2020. Für eine detaillierte Beschreibung der Methodik siehe Infobox 3 in Herzog-Stein und Stein (2024, S. 15).

Veränderungen der Arbeitskosten führen als rein konjunkturell bedingte Faktoren.

Auch die österreichischen Arbeitskosten (46,3 Euro) in der Privatwirtschaft liegen mit einem nun etwas größeren Abstand als im Jahr zuvor vor den deutschen Arbeitskosten. Im Jahr 2024 waren die Arbeitskosten beider Länder noch nahezu

gleichauf. Frankreich (44,7 Euro) folgt auf Platz 8 im Ranking. Luxemburg (56,2 Euro), Dänemark (53,3 Euro) und Belgien (49,7 Euro) führen in gewohnter Weise das Ranking der Arbeitskosten an. Irland (42,4 Euro) und Finnland (40,6 Euro) bilden den Abschluss der zehn Hochlohnländer, also der Volkswirtschaften, deren Arbeitskosten oberhalb

Tabelle 1

Arbeitskosten je Stunde in Euro nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2026

	Privatwirtschaft ¹				Privater Dienstleistungssektor ²				Verarbeitendes Gewerbe ³			
	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴
Luxemburg	56,2	1	3,0	3,0	61,3	1	2,9	2,9	48,4	6	3,1	3,1
Dänemark	53,3	2	2,6	2,7	52,8	2	2,6	2,7	55,0	1	2,9	3,0
Belgien ⁵	49,7	3	3,6	3,6	48,6	3	3,5	3,5	53,4	2	3,6	3,6
Schweden	46,6	4	7,2	3,7	46,7	4	7,6	4,2	47,2	7	6,0	2,6
Österreich	46,3	5	4,5	4,5	44,0	7	4,5	4,5	51,3	3	4,1	4,1
Niederlande ⁶	46,2	6	6,1	6,1	44,9	5	6,0	6,0	49,8	4	5,3	5,3
Deutschland	45,7	7	3,4	3,4	43,8	8	4,1	4,1	49,5	5	2,0	2,0
Frankreich	44,7	8	2,6	2,6	44,2	6	2,5	2,5	47,1	8	4,2	4,2
Irland	42,4	9	3,7	3,7	42,0	9	3,9	3,9	42,4	10	3,9	3,9
Finnland	40,6	10	4,0	4,0	39,4	10	4,3	4,3	43,6	9	3,8	3,8
Italien	31,5	11	3,8	3,8	30,6	11	3,8	3,8	32,8	11	3,4	3,4
Slowenien	30,0	12	7,6	7,6	30,4	12	7,6	7,6	29,8	12	7,4	7,4
Spanien	26,0	13	4,0	4,0	25,4	13	4,0	4,0	28,2	13	3,7	3,7
Estland	21,3	14	8,7	8,7	22,3	14	8,7	8,7	19,5	16	9,4	9,4
Zypern	19,9	15	3,4	3,4	21,1	15	3,3	3,3	14,6	25	3,3	3,3
Tschechien	19,8	16	9,6	7,7	19,3	19	10	8,5	20,2	14	8,1	6,3
Slowakei	19,7	17	6,8	6,8	19,9	17	6,6	6,6	19,3	17	6,8	6,8
Griechenland	19,5	18	9,2	9,2	20,2	16	9,1	9,1	18,2	19	10,7	10,7
Polen	18,3	19	10,0	8,4	18,7	20	10,5	8,8	17,1	20	10,2	8,5
Portugal	18,3	19	6,5	6,5	19,5	18	7,0	7,0	16,5	21	5,2	5,2
Kroatien	18,0	21	12,4	12,4	17,9	22	11,9	11,9	19,2	18	12,5	12,5
Litauen	17,6	22	8,2	8,2	18,3	21	8,4	8,4	16,4	22	7,7	7,7
Malta	17,6	22	1,0	1,0	17,7	23	0,4	0,4	20,0	15	6,2	6,2
Lettland	16,8	24	7,8	7,8	17,5	24	7,7	7,7	14,9	24	7,7	7,7
Ungarn	15,5	25	7,7	8,3	15,5	25	7,8	8,5	15,6	23	6,9	7,5
Rumänien	13,4	26	10,6	12,1	14,3	26	9,5	11,0	12,0	26	11,7	13,2
Bulgarien	11,8	27	13,1	13,1	12,7	27	12,5	12,5	10,2	27	13,9	13,9
Euroraum	38,6		3,8		36,4		4,0		39,5		3,2	
EU27 (ohne UK)	34,7		4,3		33,3		4,4		33,7		3,8	

1 Wirtschaftszweige B-N (NACE Rev. 2); B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

2 Wirtschaftszweige G-N: G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

3 Wirtschaftsabschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe.

4 Veränderungsrate in Prozent im Vergleich zum Vorjahr in Euro bzw. in Landeswährung (LW).

5 Die Werte für Belgien sind auf Grundlage der ersten beiden Quartale 2025 geschätzt.

6 Die Werte für die Niederlande für das Verarbeitende Gewerbe sind auf Grundlage der vier Quartalswerte für 2025 berechnet.

des Euroraumdurchschnitts (38,6 Euro) liegen. Die Arbeitskosten der restlichen 17 Länder liegen nicht nur unterhalb der durchschnittlichen Arbeitskosten des Euroraums, sondern auch unterhalb des EU-Durchschnitts (34,7 Euro).

Ein Vergleich mit dem Jahr 2020 zeigt, dass sich die Position Deutschlands im europäischen Arbeitskostenranking als bemerkenswert stabil erwiesen hat. Die deutschen Arbeitskosten lagen in einem ähnlichen Verhältnis zum EU-Durchschnitt wie fünf Jahre zuvor.

In der Privatwirtschaft veränderte sich die Position Deutschlands von Platz 6 im Jahr 2020 auf Platz 7. Im Verarbeitenden Gewerbe verschob sich die deutsche Platzierung von Platz 3 auf Platz 5 und im privaten Dienstleistungsbereich von Platz 6 auf Platz 8. Insgesamt zeigt sich damit, dass die deutsche Position im europäischen Arbeitskostengefüge über die vergangenen fünf Jahre hinweg weitgehend stabil geblieben ist.

Insgesamt hat sich 2025 die Dynamik der hohen Arbeitskostenanstiege der Vorjahre weiter abgeschwächt. In der Privatwirtschaft erhöhten sich die Arbeitskosten im Durchschnitt des Euroraums um 3,8 % und im EU-Durchschnitt um 4,3 %. Damit setzt sich die seit Langem zu beobachtende Tendenz fort, dass die Arbeitskosten in Niedriglohnländern im Durchschnitt stärker wachsen als in Hochlohnländern.

Mit einem Anstieg von 3,4 % entwickelten sich die Arbeitskosten in der deutschen Privatwirtschaft im Jahr 2025 unterdurchschnittlich. Deutschland belegte damit gemeinsam mit Zypern den fünften Rang unter den Ländern mit den geringsten Arbeitskostenzuwächsen. Niedrigere Anstiegsraten verzeichneten lediglich Malta (1,0 %), Dänemark und Frankreich (jeweils 2,6 %) sowie Luxemburg (3,0 %). In sämtlichen übrigen Ländern lagen die Arbeitskostensteigerungen teilweise deutlich darüber. Dies gilt auch für die Niederlande (6,1 %) und Österreich (4,5 %), deren Zuwachsraten merklich höher ausfielen als die Deutschlands. Den höchsten Arbeitskostenanstieg verzeichnete Bulgarien mit 13,1 %.

Die beobachtete Entwicklung in der Privatwirtschaft trifft gleichermaßen auch für den privaten Dienstleistungssektor und das Verarbeitende Gewerbe zu. Auch hier sehen wir eine Verlangsamung in den Arbeitskostenanstiegen nach dem Höchststand im Jahr 2022.

Die sich verlangsamenden Arbeitskostenzuwächse im Verarbeitenden Gewerbe sind im Durchschnitt stärker ausgeprägt als im privaten Dienstleistungssektor: Während diese im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt des Euroraums und der Europäischen Union um 3,2 % bzw. 3,8 % zunahmen, verzeichnete der private Dienstleistungssektor höhere Anstiege von 4,0 % bzw. 4,4 %.

Die deutsche Arbeitskostenentwicklung weist deutliche größere sektorale Unterschiede auf. Im privaten Dienstleistungsbereich erhöhten sich die Arbeitskosten mit 4,1 % nahezu im Gleichschritt mit

dem Euroraumdurchschnitt von 4,0 %. Demgegenüber fiel der Anstieg im Verarbeitenden Gewerbe mit 2,0 % außergewöhnlich niedrig aus. Während die Arbeitskostenentwicklungen in diesen beiden Wirtschaftsbereichen in den meisten EU-Mitgliedstaaten ähnlich verlaufen, zeigt sich in Deutschland eine ausgeprägte Divergenz. Mit einem Anstieg von lediglich 2,0 % verzeichnete Deutschland zudem den niedrigsten Arbeitskostenzuwachs im Verarbeitenden Gewerbe aller EU-Mitgliedstaaten. Dies dürfte in erheblichem Maße auch eine Folge der nun schon mehrere Jahre anhaltenden Krise der deutschen Industrie und dem damit einhergehenden fortgesetzten Abbau von Industriearbeitsplätzen sein.

Bruttoverdienste und Lohnnebenkosten

Die Zukunft des deutschen Sozialstaats ist Gegenstand intensiver politischer und gesellschaftlicher Diskussionen, wobei die aktuelle Sozialstaatsdebatte nicht nur auf die Kürzung von Sozialleistungen abzielt, sondern auch von wiederkehrenden Forderungen begleitet wird, die deutschen Sozialversicherungsbeiträge zu senken, da diese als zu hoch angesehen werden.

Da die Analyse einzelner Jahre aufgrund möglicher Sondereffekte nur eine begrenzte Aussagekraft besitzt, erscheint eine Betrachtung der langfristigen Entwicklung zweckmäßiger. **Abbildung 12** zeigt die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde ab dem Jahr 2000 für Deutschland und die europäischen Länder aus der Vergleichsgruppe. Dabei wird zwischen Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung, jeweils auf Stundenbasis, differenziert.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte verdeutlicht die unterschiedlichen Phasen der deutschen Einkommensentwicklung. Während die 2000er Jahre von einer ausgeprägten Lohnzurückhaltung geprägt waren und Deutschland im Vergleich zum Euroraum eine deutlich unterdurchschnittliche Entwicklung aufwies, setzte in den 2010er Jahren eine Normalisierung ein, sodass sich die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte zunehmend dem Niveau des Euroraums annäherte.

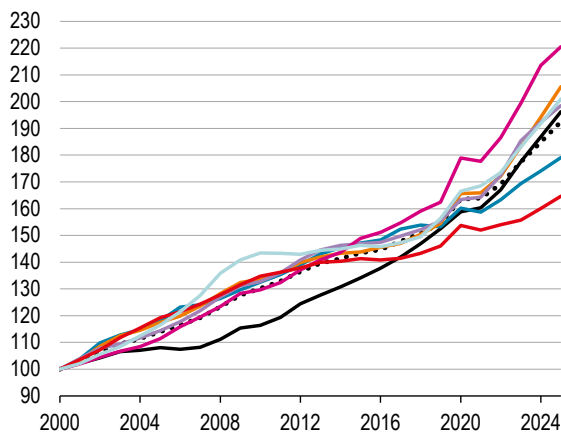
Die unterschiedlichen Entwicklungsphasen lassen sich sowohl bei den Bruttolöhnen und -gehältern als auch bei den Sozialbeiträgen beobachten. Dabei fällt auf, dass die Abweichungen bei den Sozialbeiträgen deutlich stärker ausgeprägt sind. Bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise erhöhten sich die Sozialbeiträge je Arbeitsstunde in Deutschland lediglich um knapp 6 %, gegenüber rund 22 % im Euroraum insgesamt. Auch in der Zeit bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie blieb die deutsche Entwicklung deutlich hinter der des Euroraums zurück. Erst in den vergangenen beiden Jahren hat eine spürbare Annäherung an den Durchschnitt des Euroraums stattgefunden.

Abbildung 12

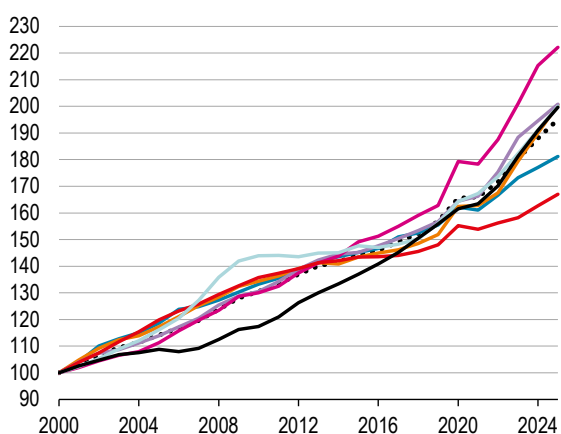
Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter, Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Jahresbasis, 2000=100

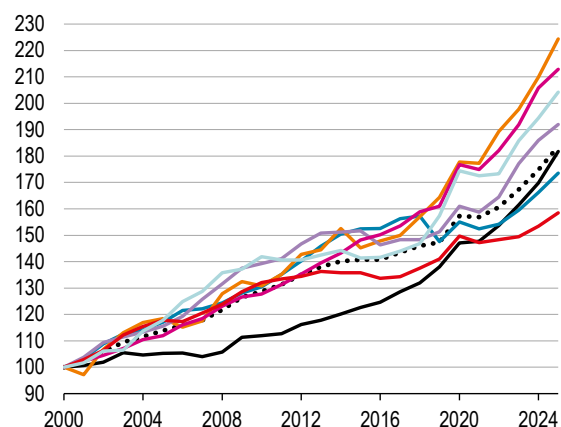
a) Arbeitnehmerentgelt



b) Bruttolöhne und -gehälter



c) Sozialbeiträge der Arbeitgeber



— Deutschland — Frankreich — Österreich
 — Spanien — Belgien ••••• Euroraum
 — Italien — Niederlande

Bemerkenswert ist, dass die Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitsstunde in Deutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum um knapp 20 Prozentpunkte weniger stark zunahmen als die Bruttolöhne und -gehälter.

Die überdurchschnittliche Zunahme der Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitsstunde in Deutschland im Jahr 2025 lässt sich im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückführen: die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie den außergewöhnlich starken Anstieg des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,8 Prozentpunkte. Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern verdeutlicht jedoch, dass diese Entwicklung kein deutsches Spezifikum darstellt. So verzeichneten auch die Niederlande, Österreich und Spanien in den letzten beiden Jahren einen vergleichsweise kräftigen Anstieg der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

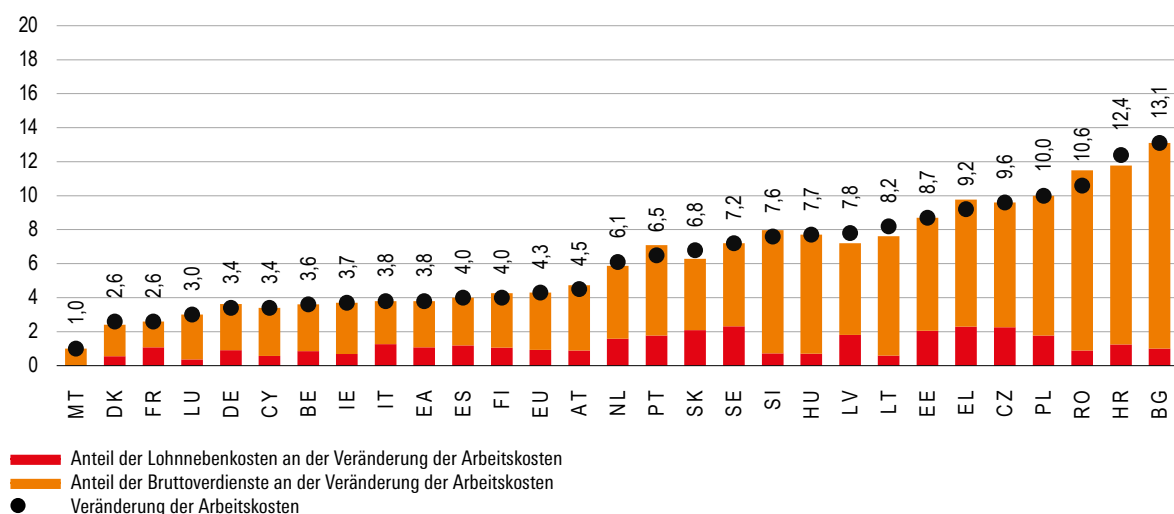
Entscheidend ist jedoch, in welchem Ausmaß die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Lohnnebenkosten für den Anstieg der Arbeitskosten verantwortlich sind. Dazu wurde in **Abbildung 13** der Arbeitskostenanstieg in diese beiden Bestandteile zerlegt, um zu zeigen, welchen Beitrag die Entwicklung der Lohnnebenkosten beziehungsweise der Bruttolöhne und -gehälter zum Anstieg der Arbeitskosten im Jahr 2025 geleistet hat.

In Deutschland entfielen 0,9 Prozentpunkte des Arbeitskostenanstiegs auf die Zunahme der Lohnnebenkosten. Dies entspricht dem Wert der Europäischen Union insgesamt, liegt jedoch leicht unter dem des Euroraums (1,1 Prozentpunkte). Im Ländervergleich leisteten die Lohnnebenkosten lediglich in Belgien mit 0,8 Prozentpunkten einen geringfügig geringeren Beitrag; in Österreich entsprach ihr Beitrag mit 0,9 Prozentpunkten dem deutschen Wert. In Frankreich (1,1 Prozentpunkte), Spanien (1,2 Prozentpunkte), Italien (1,3 Prozentpunkte) und den Niederlanden (1,6 Prozentpunkte) fiel der Beitrag der Lohnnebenkosten zum Anstieg der Arbeitskosten hingegen höher aus. Die Lohnnebenkosten waren damit im Jahr 2025 in Deutschland kein wesentlicher Treiber des Arbeitskostenanstiegs; auch im europäischen Vergleich fiel ihr Beitrag nicht überdurchschnittlich aus.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK
(Datenstand 12.05.2026).

IMK

Veränderung der Arbeitskosten, Bruttoverdienste und Lohnnebenkosten in der Privatwirtschaft (B-N) von 2024 bis 2025
in %



HR - Kroatien, IE - Irland, IT - Italien, LU - Luxemburg, BE - Belgien, HU - Ungarn, FR - Frankreich, DE - Deutschland, EA - Euroraum, NL - Niederlande, EU - Europäische Union, ES - Spanien, FI - Finnland, CY - Zypern, DK - Dänemark, MT - Malta, EL - Griechenland, PL - Polen, AT - Österreich, EE - Estland, SE - Schweden, SI - Slowenien, LV - Lettland, CZ - Tschechien, PT - Portugal, RO - Rumänien, SK - Slowakei, BG - Bulgarien, LT - Litauen

Die Summe der von Eurostat ausgewiesenen Werte der Bruttoverdienste und der Lohnnebenkosten in Euro entspricht nicht bei allen Ländern den veröffentlichten Arbeitskosten. Die Werte für Belgien sind auf Grundlage der ersten beiden Quartale 2025 geschätzt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 21.07.2026).

IMK

MÖGLICHE URSACHEN FÜR DIE SCHWACHE PRODUKTIVITÄTSENTWICKLUNG

Während zahlreiche Studien eine langfristige, trendmäßige Abschwächung des Produktivitätswachstums in den entwickelten Volkswirtschaften belegen, werden die Ursachen hierfür weiterhin intensiv diskutiert.² Seit der Coronakrise ist zudem in den Vereinigten Staaten eine Beschleunigung des Produktivitätswachstums auszumachen, während in den entwickelten Volkswirtschaften des Euroraums die Arbeitsproduktivität weiterhin relativ schwach wächst.

Komponentenzerlegung der Arbeitsproduktivität – Was sind die Treiber?

Zur Analyse dieser Divergenz in der Produktivitätswachstumsentwicklung eignet sich ein Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und den in diesem Report betrachteten sieben Volkswirtschaften des Euroraums, insbesondere da die Vereinigten Staaten im globalen Maßstab die technologische Grenze darstellen dürften. Dazu führen wir eine komparative Komponentenzerlegung der Veränderungsrate der Arbeits-

produktivität im Rahmen einer Solow-Wachstumszerlegung auf Basis der Total Economy Database des Conference Board durch. Mittels dieser Zerlegung lassen sich die Beiträge von Totaler Faktorproduktivität (TFP), Kapitalvertiefung sowie Arbeitsqualität zum Produktivitätswachstum isolieren und zwischen den Volkswirtschaften vergleichen (Infobox 2).

Die Vereinigten Staaten hatten in allen drei betrachteten Untersuchungszeiträumen sowohl das höchste Arbeitsproduktivitätswachstum als auch das höchste TFP-Wachstum (Abbildung 14). Im mittleren Zeitraum, ab der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008 bis 2019), kam es zu einer deutlichen Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts (-0,9 Log-Punkte pro Jahr). Diese war im Wesentlichen auf geringere Beiträge des TFP-Wachstums und der Akkumulation von Nicht-IKT-Kapital (siehe Infobox 2) zum Produktivitätswachstum zurückzuführen. Im Zeitalter der Polykrise (2020 bis 2024) beschleunigte sich das Arbeitsproduktivitätswachstum in den Vereinigten Staaten dagegen wieder, allein aufgrund eines beschleunigten TFP-Wachstums von durchschnittlich 0,6 Log-Punkten pro Jahr. Die Kapitalvertiefung insgesamt verlangsamte sich deutlich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg; im dritten Beobachtungszeitraum fiel der Beitrag der Kapitalakkumulation je Arbeitsstunde um 0,6 Log-Punkte pro Jahr geringer aus als im ersten Zeitraum (2001 bis 2007). Ein Drittel hiervon (0,2 Log-Punkte pro Jahr) war auf eine langsamere Akkumulation von IKT-Kapital zurück-

² Siehe Goldin et al. (2024) und Fernald et al. (2025) sowie die dort genannte Literatur.



Infobox 2: Komponentenzerlegung des Produktivitätswachstums

Ausgangspunkt für die empirische Komponentenzerlegung des Produktivitätswachstums bildet das Konzept des Growth Accounting. Diese Methodik geht auf die Arbeit von Robert Solow (1957) zurück und wurde von Jorgenson und Griliches (1967) in seine moderne, empirisch anwendbare Form weiterentwickelt.¹

Im Rahmen dieser Methodik wird das Wirtschaftswachstum systematisch in die Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zerlegt. Der verbleibende, nicht durch die Akkumulation dieser Faktoren erklärbare Restposten – das sogenannte Solow-Residuum – wird in der Literatur als Wachstum der Multifaktorproduktivität (MFP) oder der Totalen Faktorproduktivität (TFP) bezeichnet.² Das MFP-Wachstum ist laut Gordon (2016, S. 73) "... the best proxy available for the underlying effect of innovations and technological change on economic growth". Neben den Effekten des technischen Fortschritts erfasst es auch die Auswirkungen aller weiterer Faktoren, die die Produktivität beeinflussen, jedoch bei der Zerlegung nicht explizit berücksichtigt wurden. Ebenso schließt es auch Messfehler mit ein. Ein erhebliches bekanntes Problem ergibt sich insbesondere aus der schwankenden Auslastung der Produktionsfaktoren über den Konjunkturzyklus hinweg. Da die meisten TFP-Schätzungen dies nicht berücksichtigen, wird das TFP-Wachstum in Rezessionsphasen in der Regel unterschätzt (Comin et al. 2025).

Mittels einfacher mathematischer Umformungen lässt sich aus einer solchen Wachstumszerlegung eine Komponentenzerlegung der Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität (auf Stundenbasis) berechnen.

Es stehen verschiedene internationale Datensätze zur Verfügung, die Zeitreihen für eine länderübergreifende Zerlegung des Wirtschaftswachstums und Berechnungen zum MFP-Wachstum bereitstellen. Zu den wichtigsten Quellen zählen die Penn World Table, die OECD Productivity Database, EU Klems Datenbank und die Total Economy Database des Conference Board. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede bei den ausgewiesenen Wachstumsraten der MFP nach Land und betrachteter Zeitperiode zwischen diesen Datenquellen. Dies ist auf methodische, statistische und länderspezifische Faktoren zurückzuführen, wobei insbesondere Unterschiede bei der Messung des Inputfaktors Kapital eine gewichtige Rolle spielen

(Gauma und Inklaar 2023).

In diesem Report werden die Daten zur Arbeitsproduktivität und ihren Komponenten aus der Total Economy Database des Conference Board (TED) in der Version vom September 2025 verwendet, da die TED von den genannten Datenquellen am aktuellen Rand die meisten Informationen zur Verfügung stellt. Laut eigenen Angaben stützt sie sich dabei auf offizielle Daten, die seit Anfang April 2025 vorliegen. Das Conference Board gibt jedoch den Hinweis, dass die Daten für 2024 Schätzungen und die für 2025 eigene Prognosen sind. Insgesamt beinhaltet die TED für 131 Länder Zeitreihen auf Jahresbasis u. a. für das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Erwerbstätigkeit, die Qualität und Menge des Faktors Arbeit, Kapitaldienstleistungen aufgeschlüsselt nach Kapitalanlagen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie anderen Kapitalanlagen (Nicht-IKT), die Arbeitsproduktivität sowie die Totale Faktorproduktivität. Darüber hinaus bietet sie ein Modul zur Wachstumszerlegung an. Dabei wird die Veränderungsrate des BIP in die Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie der TFP zerlegt. Beim Faktor Arbeit wird zusätzlich der Beitrag der eingesetzten Qualität des Faktors Arbeit berücksichtigt und beim Faktor Kapital wird zwischen IKT- sowie Nicht-IKT-Kapitaldienstleistungen unterschieden (de Vries und Erumban 2022, insbesondere S. 18ff.).

Die Komponentenzerlegung des Produktivitätswachstums konzentriert sich auf den Beobachtungszeitraum 2001 bis 2024; wobei ein besonderes Augenmerk auf dem Zeitraum der Polykrise seit 2020 liegt. Aufgrund der Nähe zum aktuellen Rand sind die Ergebnisse daher als vorläufig anzusehen und bedürfen weiterer zukünftiger Betrachtungen.

Mittels der Daten und des Moduls der Wachstumszerlegung der oben beschriebenen TED des Conference Board lässt sich folgende Komponentenzerlegung der Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität (auf Stundenbasis) berechnen:

$$\Delta \ln \pi_t = \Delta \ln A_t + s_t^L \times \Delta \ln LQ_t + s_t^{\text{IKT}} \times \Delta \ln k_t^{\text{IKT}} + s_t^{\text{NIKT}} \times \Delta \ln k_t^{\text{NIKT}},$$

wobei $\Delta \ln \pi_t$ die Veränderung der Arbeitsproduktivität ist. Die Terme $\Delta \ln k_t^{\text{IKT}}$ und $\Delta \ln k_t^{\text{NIKT}}$ stehen für die IKT- beziehungsweise die Nicht-IKT-Kapitalvertiefung, das heißt für den Zuwachs der eingesetzten (IKT- und Nicht-IKT) Kapitalmenge je geleisteter Arbeitsstunde, $\Delta \ln LQ_t$ für die Veränderung der Qualität des Faktors Arbeit und $\Delta \ln A_t$ für das TFP-Wachstum. Des Weiteren sind s_t^{IKT} und s_t^{NIKT} der Anteil des Einkommens von IKT-Kapital beziehungsweise von Nicht-IKT-Kapital am nominalen Bruttoinlandsprodukt, gemittelt über das aktuelle und das vorherige Jahr.

1 Vergleiche Hulten (2010).

2 Laut Hulten (2010) ist Multifaktorproduktivität der moderne und zu bevorzugende Begriff für das sogenannte Solow-Residuum. Im Nachfolgenden werden die beiden Begriffe synonym verwendet. Die Total Economy Database des Conference Boards verwendet die Bezeichnung Totale Faktorproduktivität.

Alle Veränderungen werden jeweils in Log-Punkten ausgedrückt. Für kleine Veränderungen entspricht eine Veränderung einer Variablen x ausgedrückt in Log-Punkten näherungsweise der in Prozent. Der genaue Zusammenhang ist $g_x = 100 \times [e^{\Delta \ln x} - 1]$.

In der vorliegenden Analyse werden insgesamt drei Zeiträume betrachtet, die sich an den vergangenen Abschwungphasen beziehungsweise Wirtschaftskrisen orientieren: Jeder der drei Untersuchungszeiträume beginnt in dem jeweiligen Jahr, in dem das NBER Business Cycle Committee den Beginn einer Rezession identifizierte und endet in dem Jahr vor dem Beginn der nächsten

Abschwungphase. Neben der Coronakrise, die als der Beginn der Polykrise angesehen werden kann, handelt es sich um die Wirtschafts- und Finanzkrise und die Rezession infolge des Platzens der Dotcomblase, die für die Datierung berücksichtigt wurden (NBER 2026). So ergeben sich für die Komponentenerlegung des Produktivitätswachstums die Betrachtungszeiträume 2001 bis 2007, 2008 bis 2019 und 2020 bis 2024. Betrachtet werden immer arithmetische Mittel der entsprechenden Größen für die jeweiligen Untersuchungszeiträume. Dadurch wird gewährleistet, dass die Ergebnisse geglättet und nicht von Ausreißern in einzelnen Jahren dominiert werden.

zuführen. Jedoch hatten die Vereinigten Staaten in allen drei Zeiträumen die dynamischste Zunahme der IKT-Kapitalvertiefung, im letzten Zeitraum zusammen mit Frankreich und Österreich.

In den sieben europäischen Volkswirtschaften schwächte sich das Produktivitätswachstum über alle drei Untersuchungszeiträume hinweg deutlich ab. Mit Ausnahme Spaniens verzeichneten alle anderen Länder die höchsten durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität im ersten Zeitraum bis 2007. In Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Österreich verlangsamte sich der jährliche Produktivitätsfortschritt um einen Log-Punkt und mehr. Im Zeitraum der Polykrise lag die Differenz beim durchschnittlichen jährlichen Produktivitätswachstum zu den USA für jede der europäischen Volkswirtschaften bei mehr als einem Log-Punkt.

Besonders auffällig ist, dass alle europäischen Volkswirtschaften im dritten Untersuchungszeitraum im Durchschnitt ein negatives TFP-Wachstum aufweisen; dies gilt – mit Ausnahme Deutschlands – auch bereits für den zweiten Untersuchungszeitraum nach der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dieser war in der Eurozone stark von den wirtschaftlichen Folgen der Eurokrise der Jahre 2010 bis 2015 geprägt, welche keine Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten spielten. Italien, Spanien und die Niederlande verzeichneten in allen drei Perioden ein negatives durchschnittliches TFP-Wachstum.

Deutschland wies über die drei Untersuchungszeiträume hinweg einen starken Rückgang des durchschnittlichen jährlichen Produktivitätswachstums von 1,1 Log-Punkten auf. Mehr als die Hälfte davon ging auf die Verlangsamung des TFP-Wachstums (-0,7 Log-Punkte pro Jahr) zurück. Hinzu kam eine deutliche Verlangsamung der Kapitalvertie-

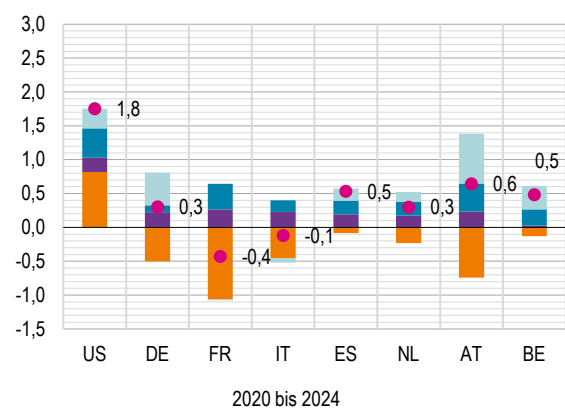
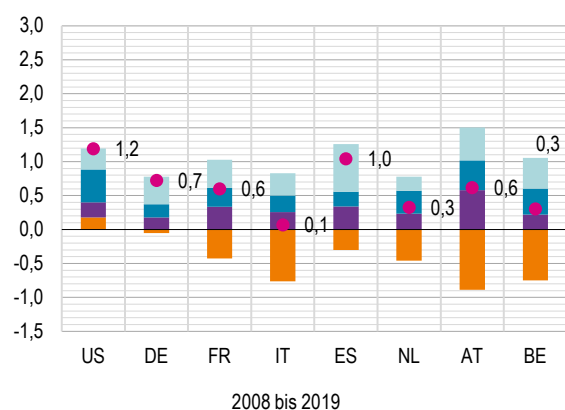
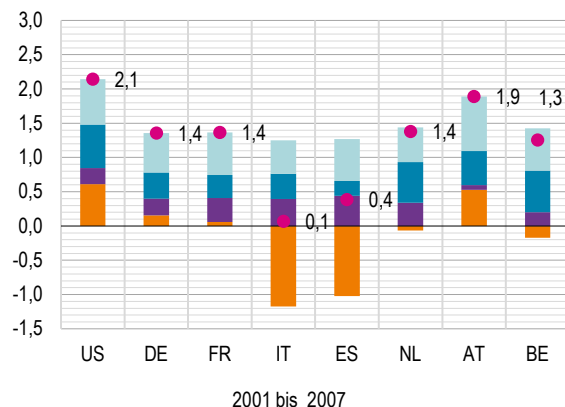
fung (-0,4 Log-Punkte pro Jahr), vor allem aufgrund einer nachlassenden IKT-Kapitalvertiefung (-0,3 Log-Punkte pro Jahr). Über alle drei Zeiträume hinweg leistete dagegen die Qualität des Faktors Arbeit einen moderaten gleichbleibend positiven Beitrag (+0,2 Log-Punkte pro Jahr). Auffällig ist die relativ geringe Dynamik der IKT-Kapitalakkumulation in Deutschland, sowohl im Vergleich zu den Vereinigten Staaten als auch zu den meisten anderen hier untersuchten europäischen Volkswirtschaften.

Die Komponentenerlegung des Produktivitätswachstums offenbart deutliche Unterschiede im Vergleich mit der US-Entwicklung. Während sich in den Vereinigten Staaten das TFP-Wachstum im dritten Untersuchungszeitraum nach einer zeitweiligen Abschwächung wieder deutlich beschleunigte und das Arbeitsproduktivitätswachstum über den gesamten Zeitraum hinweg von einer relativ dynamischen IKT-Kapitalakkumulation profitierte, hinkt Deutschland hier deutlich hinterher und das TFP-Wachstum verlangsamte sich im zeitlichen Verlauf stark. Die wesentlichen Herausforderungen scheinen also in einer mangelnden Investitionsdynamik, insbesondere bei Zukunftstechnologien, zu liegen, die zu einer schwachen IKT-Kapitalakkumulation und einem abnehmenden TFP-Wachstum beitragen. Zudem könnte das schwache TFP-Wachstum am aktuellen Rand ein Hinweis darauf sein, dass Deutschland stärker unter den Folgen der Polykrise leidet als die USA. Allerdings könnte aufgrund der langen Abschwungphase der letzten Jahre infolge des Energiepreisschocks das TFP-Wachstum in Deutschland unterschätzt sein.

Abbildung 14

Komponentenzerlegung des Arbeitsproduktivitätswachstums

Durchschnitt der jährlichen Veränderungsrate und Beiträge in Log-Punkten



■ Totale Faktorproduktivität
■ Qualität des Faktors Arbeit
■ IKT Kapitalvertiefung
■ Nicht-IKT Kapitalvertiefung
● Arbeitsproduktivität

Quellen: Macrobond (Total Economy Database des Conference Board); Berechnungen des IMK (Datenstand 30.04.2026).

IMK

Diskussion: Produktivitätsentwicklung in den USA vs. Europa/Deutschland

Im Mai 2026 löste der Nobelpreisträger Paul Krugman eine wissenschaftliche Debatte aus, als er sich mit einem Beitrag auf der Plattform Substack kritisch mit der These auseinandersetzte, Europa befinde sich im wirtschaftlichen Niedergang, und die Lücke in Bezug auf Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union würde im zeitlichen Verlauf immer größer.³ Dabei bezog er sich unter anderem auf Aussagen im sogenannten Draghi-Report (Europäische Kommission 2025) zur relativen Arbeitsproduktivitätsentwicklung in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union sowie deren Bedeutung für die relative wirtschaftliche Entwicklung Europas.

Krugman thematisiert dabei das von ihm so bezeichnete US-EU-Paradox: das Phänomen, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitäts- und das reale Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2000 in den Vereinigten Staaten deutlich stärker war als im Durchschnitt der Europäischen Union, ohne dass sich das Bruttoinlandsprodukt und der reale Konsum, ausgedrückt in Kaufkraftparitäten, in der Europäischen Union gegenüber dem in den Vereinigten Staaten verschlechtert hätten.⁴ Das bedeutet, dass in Europa – trotz des schwächeren Produktivitäts- und Wirtschaftswachstums – der relative Lebensstandard im zeitlichen Verlauf gegenüber den USA nahezu konstant blieb.

Kritisch mit Krugmans Position setzte sich eine Gruppe von Ökonomen um den französischen Nobelpreisträger Philippe Aghion auseinander (Aghion, Bergeaud und Garicano 2026). DeLong (2026), Bergeaud (2026), Inklaar (2026) und Marin (2026) sind weitere namhafte Beiträge in diesem Zusammenhang.

Neben technischen Fragen zur Berechnung von Kaufkraftparitäten und verketteten hedonistischen Preisindizes⁵ sowie deren Vor- und Nachteilen und Verwendung geht es in der Debatte im Wesentlichen darum, welche Schlussfolgerungen aus dem schwächeren europäischen Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum sowie dem US-EU-Paradox zu ziehen sind.

3 Die Debatte begann mit Krugman (2026a); die aktuell umfassendste Darstellung seiner Position ist Krugman (2026b).

4 Laut Krugman wurde er auf dieses Phänomen durch die Veröffentlichung von Ackerman (2026) aufmerksam.

5 Hedonistische Preisindizes sind Preisindizes, die darauf abzielen, Qualitätsveränderungen von Produkten, die sich in kurzer Zeit stark verändern, wie beispielsweise Computer, herauszurechnen. Ihr Ziel besteht darin, die tatsächliche Preisentwicklung eines Produkts zu erfassen und Veränderungen, die lediglich auf eine Verbesserung oder Verschlechterung des Produkts zurückzuführen sind, auszuschließen.

Obwohl diese wissenschaftliche Debatte aktuell noch nicht abgeschlossen ist, lassen sich doch bereits wesentliche Erkenntnisse daraus zusammenfassen. Auf technischer Ebene hat sich erneut gezeigt, dass verschiedene Preisindizes jeweils ihre Vor- und Nachteile haben. Für den aktuellen Kontext des Vergleichs von Niveaus und Entwicklungen in verschiedenen Volkswirtschaften erscheint es besonders schwierig, eine Konsistenz zwischen dem länderübergreifenden Vergleich von Niveaus und der zeitlichen Entwicklung von Größen herzustellen. Das reale BIP zweier Länder und damit auch deren Produktivität drücken mitunter recht unterschiedliche Sachverhalte aus und sind nicht eins-zu-eins übertragbar.

Zwischen den Diskutierenden besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Differenz beim Arbeitsproduktivitätswachstum zwischen den Vereinigten Staaten und Europa real ist; uneinig sind sie jedoch darüber, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Die Frage, ob es Lücken beim Produktivitätsniveau gibt, das heißt, ob Europa hinsichtlich seines relativen Arbeitsproduktivitätsniveaus gegenüber den Vereinigten Staaten zurückgefallen ist oder die USA gegenüber Europa aufgeholt haben, ist empirisch ungeklärt und bleibt unbefriedigend beantwortet. Dabei sollte stets berücksichtigt werden, dass die gesamtwirtschaftliche Produktivität eine Kennzahl dafür ist, wie effizient eine Volkswirtschaft bei der Produktion dessen ist, was sie produziert. Diese Effizienz zwischen zwei Volkswirtschaften zu vergleichen ist allerdings schwierig, weil in den Ländern unterschiedliche Produkte hergestellt werden. So ist es schwierig, die Effizienz bei der Herstellung eines Autos etwa mit der Effizienz bei der Programmierung einer App zu vergleichen. Aktuelle gesamtwirtschaftliche Produktivitätskennzahlen – selbst wenn sie auf dem gleichen Niveau lägen – sagen nichts darüber aus, ob die deutsche Wirtschaft bei der Erzeugung der in den Vereinigten Staaten produzierten Güter und Dienstleistungen genauso produktiv wäre wie die Vereinigten Staaten selbst und umgekehrt. Hier gibt es erhebliche Pfadabhängigkeiten, die es bei Politikempfehlungen zu beachten gilt.

Einigkeit besteht auch darüber, dass die sehr dynamische Entwicklung im Bereich der IKT-Technologien und deren größere Bedeutung für die US-Wirtschaft der wesentliche Grund für das schnellere Produktivitätswachstum in den Vereinigten Staaten ist. Laut dem Draghi-Report, basierend auf Untersuchungen von Nikolov et al. (2024)⁶, verringert sich der Abstand beim Arbeitsproduktivitäts-

wachstum zwischen der Europäischen Union⁷ und den Vereinigten Staaten in den letzten 20 Jahren von mehr als 0,5 Prozentpunkten pro Jahr auf lediglich 0,2 Prozentpunkte pro Jahr, wenn man die wesentlichen IKT-Wirtschaftsabschnitte in der Betrachtung unberücksichtigt lässt (siehe Figure 2 und Box 2 in Europäische Union 2025). Krugman (2026b) ermittelt für die Jahre 2000 bis 2019 eine etwas geringere Reduktion im Abstand des Produktivitätswachstums von 0,65 % auf 0,38 % pro Jahr, die Erkenntnis ist aber dieselbe. David, de Souza und Schommer (2025) untersuchen das TFP-Wachstum in den Vereinigten Staaten im Zeitraum von 1988 bis 2023 und dessen Verteilung zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Sie zeigen, dass das TFP-Wachstum in den Vereinigten Staaten sektoral stark konzentriert war. Der Beitrag der Wirtschaftsabschnitte, die zusammen den sogenannten IT-Sektor bilden, machte in diesem Zeitraum etwa 45 % des gesamten TFP-Wachstums im privaten Unternehmenssektor in den Vereinigten Staaten aus. Ihr Anteil an der nominalen Bruttowertschöpfung des privaten Unternehmenssektors stieg in diesem Zeitraum jedoch nur von 7,6 % auf 8,8 %. Dies verdeutlicht die starke Abhängigkeit des Produktivitäts- und Wirtschaftswachstums in den Vereinigten Staaten von den Entwicklungen im Bereich der IKT-Technologien.

Aufgrund der starken Produktivitätsanstiege in den IKT-Bereichen sind die Preise dieser Güter im Laufe der Zeit deutlich gesunken. Davon profitierten nicht nur die Produzierenden in den Vereinigten Staaten, sondern auch weltweit diejenigen, die diese Güter nutzen und konsumieren. Diese wirtschaftshistorische Erkenntnis ist nicht neu, sondern wurde bereits bei früheren technischen Innovationen und ökonomischen Entwicklungen beobachtet (DeLong 2026). Dies könnte die wesentliche Erklärung dafür sein, warum die reale Wirtschaftsleistung und der reale Konsum, ausgedrückt in Kaufkraftparitäten, in Europa mit den Vereinigten Staaten Schritt gehalten haben.

Ob sich dieser Trend in naher oder ferner Zukunft fortsetzen wird, ist jedoch ungewiss. Die technologische Abhängigkeit Europas von Schlüsseltechnologien wie beispielsweise der künstlichen Intelligenz könnte vor dem Hintergrund verstärkter geopolitischer Verwerfungen und Konflikte sowie der zunehmenden Bedeutung strategischer Handelspolitik zu einem Problem für Europa werden. Dies gilt insbesondere, wenn deren Verbreitung und Nutzung strategisch eingeschränkt werden oder erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der Verlässlichkeit des Zugangs zu diesen Technologien bestehen. Dies wiegt umso schwerer, wenn

6 Dieses Diskussionspapier wurde in überarbeiteter und gekürzter Form als Nikolov et al. (2026) publiziert.

7 Die Aussagen zur Arbeitsproduktivität für die Europäische Union im Draghi-Report basieren auf den Ländern Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Spanien und Schweden.

gleichzeitig die eigene aktuelle und zukünftige Innovationsfähigkeit infrage steht und Uneinigkeit über den vermeintlich richtigen Weg zur Stärkung dieser in Deutschland und in Europa insgesamt herrscht. In diesem Kontext erhält auch die Bereitstellung und Sicherstellung der notwendigen Infrastruktur für den Einsatz einer solchen Schlüsseltechnologie, wie beispielsweise die Standortfrage der Rechenzentren für die Nutzung der künstlichen Intelligenz, eine zentrale strategische Bedeutung.

Zudem ist die starke Konzentration des US-Produktivitätswachstums auf wenige IKT-Wirtschaftsbereiche und Tech-Konzerne riskant. Die aktuelle Entwicklung der US-Wirtschaft hängt stark von den immensen Erwartungen und Investitionen im Bereich der künstlichen Intelligenz ab. Erweist sich die künstliche Intelligenz tatsächlich als die entscheidende neue Querschnittstechnologie, für die sie derzeit gehalten wird, und lassen sich die aktuell sehr hohen Renditeerwartungen der Finanzmärkte bezüglich der KI-Technologie näherungsweise erfüllen, dann dürfte die Entwicklung der US-Wirtschaft nachhaltig sein. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein und sich insbesondere herausstellen, dass diese aktuellen Entwicklungen übertrieben sind und teilweise das Ergebnis einer finanz- und realwirtschaftlichen Blasenbildung darstellen, dann ist diese Entwicklung nicht nachhaltig. Das Platzen einer solchen Blase könnte erhebliche negative ökonomische Folgen für die US-Wirtschaft haben, die wiederum auch globale Auswirkungen nach sich ziehen.

Unzweifelhaft müssen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union jedoch Antworten auf die strategischen und ökonomischen Herausforderungen finden sowie ihre ökonomische und geopolitische Resilienz stärken. Eine realistische Analyse und Bestandsaufnahme sind dafür die Voraussetzung. Ein bloßes Kopieren des US-Modells erscheint nicht überzeugend; vielmehr muss Europa seine eigenen Stärken nutzen und weiter ausbauen.

Shift-Share-Analyse: Welche Rolle spielt der Strukturwandel?

In der langfristigen Entwicklung lassen sich in allen entwickelten Volkswirtschaften zwei bedeutende säkulare Entwicklungen identifizieren: Zum einen ist eine trendmäßige Verlangsamung des Produktivitätswachstums zu beobachten; die Zunahme der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde verliert im langfristigen Verlauf an Dynamik (siehe ► Seite 16 ff.). Zum anderen vollzieht sich ein struktureller Wandel des Beschäftigungseinsatzes, der durch eine Verschiebung der Beschäftigung von der Industrie hin zu den Wirtschaftsbereichen des Dienstleistungssektors gekennzeichnet ist. Da grundsätzlich das Produktivitätswachstum in der Industrie höher als in den Dienstleistungsbereichen ist, liegt die Frage nahe, in welchem Maße der Strukturwandel der Beschäftigung die Dynamik

des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums beeinflusst. Besondere Relevanz gewinnt diese Frage, wenn dieser Strukturwandel beschleunigt abläuft – wie wir es seit einigen Jahren deutlich in Deutschland beobachten können, welches als exportorientierte Volkswirtschaft mit einem im europäischen Vergleich hohen Industrieanteil von den wirtschaftlichen und geopolitischen Umbrüchen der vergangenen Jahre stark betroffen ist.

Zur Beantwortung dieser Frage wird im Folgenden eine Shift-Share-Analyse für den Zeitraum 2001 bis 2025 durchgeführt (Infobox 3). Dabei wird das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität in einen Intrabrancheeffekt sowie einen statischen und einen dynamischen Reallokationseffekt zerlegt.

Trifft die Hypothese eines beschleunigten Strukturwandels seit 2018/2019 als Ursache für die schwache Produktivitätsentwicklung in der Polykrise zu, so müsste der Beitrag der Reallokationseffekte zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung absolut zunehmen. Ein Anstieg des statischen und/oder dynamischen Reallokationseffekts würde darauf hindeuten, dass Veränderungen der sektoralen Anteile am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen einen größeren Einfluss auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ausüben.

Die Ergebnisse der Shift-Share-Analyse für Deutschland bestätigen die eingangs formulierte Hypothese jedoch nicht (Abbildung 15). Zwar hat sich die Produktivitätsentwicklung seit der Finanzkrise deutlich abgeschwächt, und diese Entwicklung hat sich seit 2020 fortgesetzt, ein entsprechender Anstieg der statischen oder dynamischen Reallokationseffekte ist jedoch nicht festzustellen. Die Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivitätswachstums wird vielmehr überwiegend durch einen geringeren Intrabrancheeffekt bestimmt und ist damit die Folge einer schwächeren Produktivitätsentwicklung innerhalb der einzelnen Branchen.

Die geringe Bedeutung der Reallokationseffekte heißt jedoch nicht, dass der Strukturwandel für die Produktivitätsentwicklung insgesamt irrelevant wäre. Die Deutsche Bundesbank (2026) weist darauf hin, dass der langfristige Wandel der Wirtschaftsstruktur den Einfluss einzelner Branchen auf das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum verändert hat. Während Produktivitätsfortschritte im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund des gesunkenen Industrieanteils heute einen geringeren Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten als in der Vergangenheit, fällt eine schwächere Produktivitätsentwicklung in den inzwischen anteilmäßig bedeutsameren Dienstleistungsbranchen entsprechend stärker ins Gewicht. Der Strukturwandel bei der Beschäftigung wirkt somit weniger über kurzfristige Verschiebungen des Arbeitsvolumens zwischen Branchen als vielmehr über die veränderte Bedeutung der einzelnen Sektoren für die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung.



Infobox 3: Methodisches zur Shift-Share-Analyse der Wirkung des Strukturwandels auf die Produktivitätsentwicklung

Ausgangspunkt für die Shift-Share-Analyse ist die Tatsache, dass die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität die Summe der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gewichtet mit dem jeweiligen sektoralen Beschäftigungsanteil am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen ist. Mathematisch lässt sich dieser Zusammenhang für die Arbeitsproduktivität, AP , folgendermaßen darstellen:

$$AP = \frac{BWS}{AV} = \frac{\sum_i BWS_i}{AV} = \sum_i \frac{BWS_i}{AV_i} \times \frac{AV_i}{AV} = \sum_i AP_i \times S_i$$

(1)

wobei $AP_i = BWS_i / AV_i$ die Arbeitsproduktivität im Wirtschaftsbereich i (basierend auf der Bruttowertschöpfung, BWS_i , in Wirtschaftsbereich i) und $S_i = AV_i / AV$ der Anteil der geleisteten Arbeitsstunden im Wirtschaftsbereich i an der Gesamtheit der geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen einer Volkswirtschaft (Arbeitsvolumen) sind.

Da sich eine Shift-Share-Analyse allerdings mit dem Zusammenhang der gesamtwirtschaftlichen und der sektoralen Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität befasst, ergibt sich aus der internationalen Konvention, dass die Preisbereinigung zur Ermittlung realer Größen heutzutage mittels der jeweiligen Vorjahrespreise erfolgt und die daraus resultierenden realen Größen mittels sogenannter verketteter Volumengrößen in der Form von Laspeyres Mengenindizes dargestellt werden, ein praktisches Umsetzungsproblem. Die Veränderungen dieser verketteten Größen sind zwar über die Zeit hinweg konsistent, aber verkettete Volumengrößen sind im Querschnitt nicht additiv (Quass 2009).

Der Ansatz der OECD (2023) bietet allerdings eine mathematische Lösung für dieses „Querschnittsproblem“ einer Shift-Share-Analyse mit verketteten realen Größen, indem er sich die Tatsache zunutze macht, dass die Preisbereinigung verketteter Volumengrößen mittels der Vorjahrespreise erfolgt, weshalb zum jeweiligen Zeitpunkt t die Veränderungsraten realer verketteter Größen, wie beispielsweise der realen Bruttowertschöpfung, der Veränderungsrate dieser Größe im Jahr t zu Vorjahrespreisen des Jahres $t-1$ entspricht, d. h.

$$g(X_t^{VJ}) = \frac{X_t^{VJ} - X_{t-1}}{X_{t-1}} = g(X_t^{KI}),$$

wobei X_t^{VJ} die Realgröße zum Zeitpunkt t in Vorjahrespreisen $t-1$ darstellt, X_{t-1} die entsprechende nominale Größe zum Zeitpunkt $t-1$ mit Preisen zum Zeitpunkt $t-1$ und X_t^{KI} die verkettete Größe darstellt (Quass 2009, S. 18ff.). Zudem sind die nominalen Größen, wie die nominale Bruttowertschöpfung, und die realen Größen zu Vorjahrespreisen, wie die reale Bruttowertschöpfung zu Vorjahrespreisen, konsistent additiv im Querschnitt über die Wirtschaftsbereiche (OECD 2023, Quass 2009). Somit ist mittels des Ansatzes der OECD (2023) eine Shift-Share-Analyse möglich, die sowohl konsistent über die Zeit als auch konsistent additiv im Querschnitt ist, solange jährliche Veränderungen zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren t und $t-1$ betrachtet werden. Die darauf basierende Ermittlung von Durchschnitten der Jahreswerte für längere Untersuchungszeiträume beeinträchtigt diese Konsistenzigenschaften nachträglich nicht.

Dem Ansatz der OECD (2023) für eine Shift-Share-Analyse folgend, gilt dann für die Veränderung der Arbeitsproduktivität zwischen dem Zeitpunkt $t-1$ und dem Zeitpunkt t in Volumina:

$$\begin{aligned} \Delta AP_t^V &= AP_t^{VJ} - AP_{t-1} \\ &= \frac{BWS_t^{VJ}}{AV_t} - \frac{BWS_{t-1}}{AV_{t-1}} \\ &= \sum_i [AP_{i,t}^{VJ} \times S_{i,t} - AP_{i,t-1} \times S_{i,t-1}], \end{aligned}$$

(2)

wobei BWS_t^{VJ} die Bruttowertschöpfung im Jahr t in Vorjahrespreisen $t-1$ darstellt und BWS_{t-1} die Bruttowertschöpfung im Jahr $t-1$ in aktuellen Preisen des Jahres $t-1$. Nach einigen Erweiterungen und Umformungen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass $\sum_i AP_{i,t-1} \times \Delta S_{i,t} = 0$, ergibt sich dann folgender Zusammenhang für die Veränderung der Arbeitsproduktivität zwischen den Jahren t und $t-1$:

$$\begin{aligned} \Delta AP_t^V &= \sum_i [(AP_{i,t}^{VJ} - AP_{i,t-1}) S_{i,t-1}] \\ &\quad + \sum_i [(AP_{i,t-1} - AP_{t-1}) \Delta S_{i,t}] \\ &\quad + \sum_i [(AP_{i,t}^{VJ} - AP_{i,t-1}) \Delta S_{i,t}] \end{aligned}$$

(3)

Ausgehend von Gleichung (3) lässt sich dann mittels mehrerer Umformungs- und Vereinfachungsschritte folgende Gleichung (4) als Grundlage für die Shift-Share-Analyse des Einflusses des Strukturwandels auf die Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität in den betrachteten Ländern im zeitlichen Verlauf ermitteln:

$$\begin{aligned}
 g_t^{AP} &\equiv \frac{AP_t^{VJ} - AP_{t-1}}{AP_{t-1}} \\
 &= \sum_i \left[Y_{i,t-1} \times \frac{(AP_{i,t}^{VJ} - AP_{i,t-1})}{AP_{i,t-1}} \right] \\
 &\quad + \sum_i \left[\left(\frac{AP_{i,t-1}}{AP_{t-1}} - 1 \right) \Delta S_{i,t} \right] \\
 &\quad + \sum_i \left[\left(\frac{AP_{i,t}^{VJ} - AP_{i,t-1}}{AP_{i,t-1}} \times Y_{i,t-1} \times g_{i,t}^S \right) \right],
 \end{aligned}
 \tag{4}$$

wobei $Y_{i,t-1}$ der Anteil der nominalen Bruttowertschöpfung in Sektor i an der gesamten nominalen Bruttowertschöpfung im Jahr $t-1$ darstellt. Gleichung (4) entspricht Gleichung (7) in OECD (2023).

Der erste Term auf der rechten Seite von Gleichung (4) ist der sogenannte Intrabrancheeffekt. Er gewichtet für jeden Wirtschaftssektor i die sektorale Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität mit dem entsprechenden Anteil an der Bruttowertschöpfung im Basisjahr $t-1$ und gibt die Bedeutung der sektoralen Entwicklungen der Arbeitsproduktivität für den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt wieder.

Die nächsten beiden Terme entsprechen dem gesamten Reallokationseffekt, der sich aus der Summe von zwei Teileffekten, dem statischen und dem dynamischen Reallokationseffekt, zusammensetzt. Der statische Reallokationseffekt berücksichtigt die strukturelle Verschiebung des Faktors Arbeit, gemessen in Arbeitsstunden, zwischen Wirtschaftsbereichen mit unterschiedlichen Arbeitsproduktivitätsniveaus. Nimmt der Anteil eines

Wirtschaftsbereichs am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen im Untersuchungszeitraum zu (ab), so leistet er einen positiven (negativen) Beitrag zum statischen Reallokationseffekt, wenn seine sektorale Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich (unterdurchschnittlich) ist. Der dynamische Reallokationseffekt berücksichtigt hingegen die strukturelle Verschiebung des Faktors Arbeit zwischen Wirtschaftssektoren mit unterschiedlichem sektoralen Arbeitsproduktivitätswachstum. In der Regel ist der Reallokationseffekt klein, und gemeinhin ist der dynamische Reallokationseffekt kleiner als der statische, weshalb beispielsweise die OECD die beiden Effekte teilweise auch nur in Summe ausweist (OECD 2023).

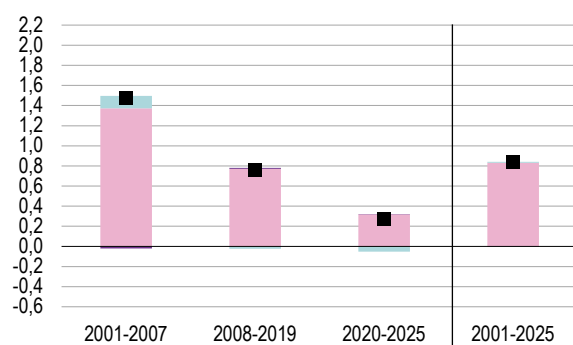
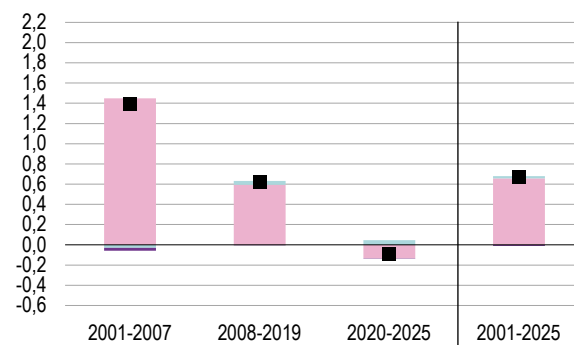
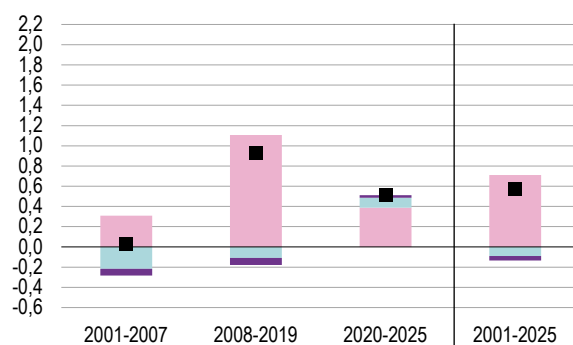
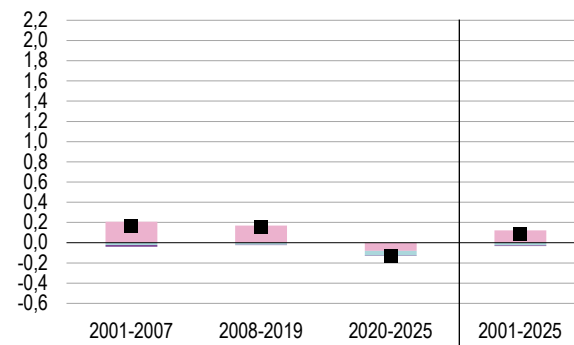
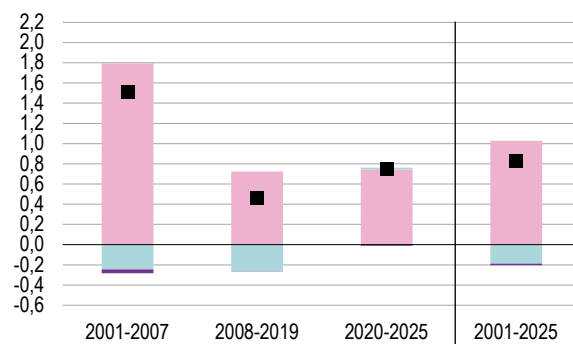
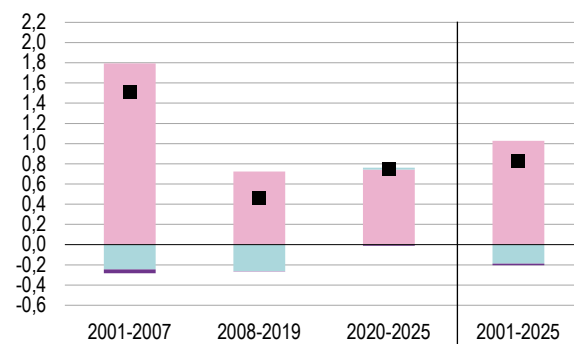
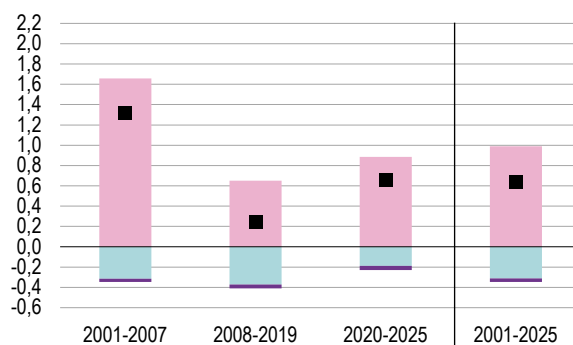
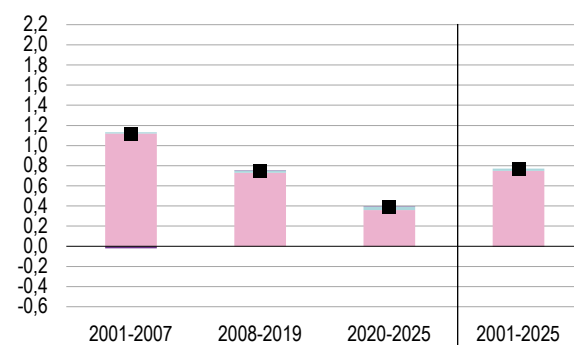
Auf der Grundlage von Gleichung (4) wird für die betrachteten Länder zunächst eine Shift-Share-Analyse für jedes Jahr durchgeführt. Anschließend werden dann für die jeweiligen Untersuchungszeiträume für jedes Land der Durchschnitt des jährlichen Arbeitsproduktivitätswachstums sowie die Durchschnitte der drei Einzeleffekte pro Jahr in diesem Zeitraum ermittelt und ausgewiesen.

Die Analyse umfasst die Wirtschaftsabschnitte A-U, aber ohne den Abschnitt L. Der Argumentation der OECD (2025, S. 49) folgend wird der Wirtschaftsabschnitt L (Grundstücks- und Wohnungswesen) von der Analyse ausgeschlossen, da die Wertschöpfung dort zu einem erheblichen Teil auf imputierten Wohnungs- und Mietwerten basiert. Dies führt im Vergleich zur Beschäftigung¹ zu einer überproportional hohen Wertschöpfung. Die Einbeziehung des Wirtschaftsbereichs L würde daher die Ergebnisse der Shift-Share-Analyse verzerren und dem Strukturwandel durch eine künstliche Produktivitätsentwicklung in diesem Bereich eine andere Bedeutung beimessen.

¹ In Deutschland hat das Arbeitsvolumen im Wirtschaftsabschnitt L nur einen Anteil von rund 1 % am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen.

Shift-Share-Analyse

Durchschnitt der jährlichen Veränderungsraten in %

Deutschland**Frankreich****Spanien****Italien****Niederlande****Österreich****Belgien****Euroraum**

Intrabrancheeffekt
 Statischer Reallokationseffekt
 Dynamischer Reallokationseffekt
 Arbeitsproduktivität

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 12.05.2026).

Deutschland weist im europäischen Vergleich zunächst ein überdurchschnittliches Produktivitätswachstum auf. Der Produktivitätsfortschritt nimmt jedoch von Periode zu Periode kontinuierlich ab, sodass Deutschland im Zeitraum 2020–2025 nur noch im unteren Bereich der betrachteten Länder liegt. Der überwiegende Teil der Produktivitätszuwächse wird dabei durch den Intrabrancheneffekt erklärt, welcher – wie bereits erwähnt – im zeitlichen Verlauf kleiner wird.

Ein ähnliches Entwicklungsmuster zeigt sich in Frankreich, allerdings ausgehend von einem insgesamt niedrigeren Produktivitätswachstum. In der Periode 2020–2025 ist das durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum dort sogar leicht negativ. Italien weist über den gesamten Betrachtungszeitraum die geringste Produktivitätsdynamik auf.

Spanien nimmt unter den betrachteten Ländern eine Sonderstellung ein. Es ist das einzige Land, in dem das Produktivitätswachstum in der Periode 2008–2019 höher ausfällt als in der Periode 2001–2007. Gleichzeitig ist der statische Reallokationseffekt in den ersten beiden Teilperioden negativ, der Strukturwandel wirkt also produktivitätsdämpfend, während er im Zeitraum der Polykrise hingegen produktivitätssteigernd wirkt.

Ein ebenfalls negativer statischer Reallokationseffekt zeigt sich in den Niederlanden und Belgien. Während das Produktivitätswachstum in den Niederlanden in der Periode 2008–2019 gegenüber der Periode 2001–2007 zurückgeht und sich in der Periode 2020–2025 wieder erhöht, ist der Reallokationseffekt in der jüngsten Periode nahezu null, während er in den beiden vorhergehenden Zeiträumen das Produktivitätswachstum noch spürbar reduzierte. In Belgien ist der statische Reallokationseffekt dagegen über alle drei Teilperioden hinweg negativ, der Strukturwandel reduziert hier also das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum in allen drei untersuchten Zeiträumen. Österreich nimmt hingegen eine Sonderstellung ein, da der statische Reallokationseffekt in allen drei Teilperioden positiv ausfällt und somit der Strukturwandel in Österreich sich positiv auf das Produktivitätswachstum auswirkte.

Trotz dieser Unterschiede im Produktivitätsverlauf und in der Ausprägung der statischen Reallokationseffekte zeigt sich über alle betrachteten Länder hinweg ein bemerkenswert einheitliches Bild. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird überwiegend durch den Intrabrancheneffekt und somit im Wesentlichen von der Produktivitätsentwicklung innerhalb der einzelnen Branchen bestimmt, während die statischen und dynamischen Reallokationseffekte relativ klein ausfallen und damit der Strukturwandel nur einen geringen Beitrag leistet. Ein systematischer Anstieg der Reallokationseffekte seit 2020 ist in keinem der betrachteten Länder zu erkennen. Die Ergebnisse liefern somit weder für Deutschland noch für die übrigen euro-

päischen Volkswirtschaften Hinweise darauf, dass der beschleunigte Strukturwandel seit 2018/2019 über verstärkte sektorale Reallokationen maßgeblich zur jüngsten Produktivitätsschwäche beigetragen hätte.

Fazit: Zentrale Erkenntnisse zur Produktivitätsentwicklung

Die vorliegende Untersuchung zeigt eine generelle Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts in den meisten Industrieländern. Eine wesentliche Ausnahme bilden die aktuelle Entwicklung in den USA, die insbesondere beim Wachstum der totalen Faktorproduktivität (TFP) deutlich besser abschneiden als Europa. Deutschland weist im europäischen Vergleich insgesamt keine außergewöhnlich schwache Produktivitätsentwicklung auf, fällt jedoch durch eine vergleichsweise geringe IKT-Kapitalakkumulation auf. Dies deutet darauf hin, dass Investitionen in digitale Technologien und andere Zukunftstechnologien bisher nicht in dem Maße erfolgt sind, wie es in anderen Volkswirtschaften der Fall war.

Das US-EU-Produktivitätsparadox beschreibt das Phänomen, dass die Vereinigten Staaten seit den 2000er Jahren ein deutlich stärkeres Arbeitsproduktivitäts- und Wirtschaftswachstum verzeichnen als die Europäische Union, ohne dass gemessen in Kaufkraftparitäten im relativen BIP oder im relativen realen Konsum im zeitlichen Verlauf wesentliche Veränderungen erkennbar wären. Dieses Phänomen ist bislang nicht vollständig erklärt, zeigt aber, dass im Falle von internationalem Handel technischer Fortschritt nicht nur den Produzierenden, sondern auch den Nutzenden und Konsumierenden zugutekommt.

Das höhere Produktivitätswachstum der USA ist vor allem auf wenige IKT-Wirtschaftsbereiche zurückzuführen. Außerhalb dieses Bereichs unterscheiden sich die Produktivitätsentwicklungen zwischen den USA und Europa deutlich weniger.

Für Deutschland zeigt die Analyse zudem, dass der Strukturwandel der vergangenen Jahre nur einen geringen Beitrag zur schwachen Produktivitätsentwicklung geleistet hat. Bedeutsamer sind vielmehr die allgemeine Abschwächung des Produktivitätswachstums – möglicherweise auch infolge konjunktureller Einflüsse – sowie unzureichende Investitionen in digitale und innovative Technologien.

Aus diesen Ergebnissen ergeben sich klare wirtschaftspolitische Implikationen. Maßnahmen sollten nicht darauf abzielen, den Strukturwandel zu verlangsamen oder die Rechte der abhängig Beschäftigten abzubauen, sondern die Produktivitätsentwicklung insbesondere im Dienstleistungssektor zu fördern. Denn gerade in diesem Bereich bestehen im Vergleich zu den USA erhebliche Produktivitätspotenziale (Deutsche Bundesbank 2026).

Dabei sollte nicht das US-Modell kopiert werden, sondern es kommt darauf an, die Potenziale der künstlichen Intelligenz (KI) gezielt zu nutzen. Voraussetzung dafür ist jedoch ein verlässlicher Zugang zu KI-Technologien. Da dieser Zugang durch die zunehmende Bedeutung protektionistischer Handelspolitik erschwert werden könnte, wäre grundsätzlich eine Entwicklung oder Ansiedlung in Deutschland oder Europa wünschenswert. Zudem gilt es, die notwendige Infrastruktur zu schaffen, um diese Schlüsseltechnologie bestmöglich einsetzen zu können. Im Vordergrund sollten dabei Investitionen in Digitalisierung, KI und Innovationen stehen, die über kurzfristige Kosteneinsparungen durch Automatisierung hinausgehen. Im Sinne einer beschäftigungsorientierten KI („pro-worker AI“) muss das primäre Ziel darin liegen, die künstliche Intelligenz „kollaborativ“ einzusetzen, sodass sie den Faktor Arbeit unterstützt und auch ergänzt, indem neue Fähigkeiten leichter erlernt, bestehende Fähigkeiten erweitert und die Arbeitsproduktivität nachhaltig gesteigert werden (Acemoglu, Autor und Johnson 2026).



ALLE IMK PUBLIKATIONEN

Reports, Working Paper, Studies und Policy Briefs

<https://www.imk-boeckler.de/de/veroeffentlichungen-15375.htm>

- Acemoglu, D. / Autor, D. / Johnson, S. (2026):** [Building pro-worker artificial intelligence. The Hamilton Project](#). Brookings, Februar 2026.
- Ackerman, S. (2026):** Europe's productivity keeps outpacing the US – A closer look at some famous statistics. *Informer Substack*, 19. Februar 2026.
- Aghion, P. / Bergeaud, A. / Garicano, L. (2026):** [the Mismeasurement of European Productivity \(Revised\)](#). *Silicon Continent Substack*, 31. Mai 2026.
- Bauermann, T. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stein, U. / Stephan, S. / Tober, S. / Watzka, S. (2026):** Deutschlands industriellen Kern modernisieren und Wohlstand steigern – vertane Chancen, Lichtblicke und erforderliche Weichenstellungen. *Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2026. IMK Report Nr. 199*.
- Bergeaud, A. (2026):** [Purchasing Power Parities and National Deflators Across Space and Time](#), mimeo.
- Breuer, C. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2026):** Iran-Krieg durchkreuzt Hoffnung auf schnelle Erholung – Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahresmitte 2026. *IMK Report Nr. 201*.
- Comin, D. / Quintana, J. / Schmitz, T. / Trigari, A. (2025):** Revisiting Productivity Dynamics in Europe: A New Measure of Utilization-Adjusted TFP Growth. In: *Journal of the European Economic Association*, Jg. 23, H. 4, S. 1598-1633.
- David, J.M. / de Souza, G. / Schommer, A. G. (2025):** [Concentrated growth: The role of the IT sector](#). *Chicago FedLetter*, Nr. 515, November 2025.
- DeLong, J. B. (2026):** Paul Krugman, Cui Bono from the Coming of the Bio-Info Tech-Attention Economy, & Embarrassing Conceptual Errors by Economists Who Really Should Know Better: CHART OF THE DAY, DeLong's Grasping Reality Weblog Substack, 30. Mai 2026.
- Deutsche Bundesbank (2026):** Der sektorale Strukturwandel und seine Bedeutung für das Produktivitätswachstum im Euroraum. In: *Monatsbericht März*, Jg. 78, H. 3, S. 90-114.
- de Vries, K. / Erumban, A. (2022):** [Total Economy Database – A detailed guide to its sources and methods](#), The Conference Board.
- Dullien, S. / Iglesias, S. G. / Hüther, M. / Rietzler, K. (2024):** Herausforderungen für die Schuldenbremse – Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation. *IMK Policy Brief Nr. 168*.
- European Commission (2025):** European Political Strategy Centre. [The future of European competitiveness. Part A, A competitiveness strategy for Europe](#). Publications Office of the European Union: Luxembourg.
- Gouma, R. und Inklaar, R (2023):** Capital Measurement and Productivity Growth Across International Databases. In: *International Productivity Monitor*, Jg. 44 (Spring), S. 67-88.
- Goldin, I. / Koutroumpis, P. / Lafond, F. / Winkler, J. (2024):** Why is productivity slowing down? In: *Journal of Economic Literature*, Jg. 62, H. 1, S. 196-268.
- Gordon, R. J. (2016):** *The Rise and Fall of American Growth: The U.S. Standard of Living Since the Civil War*, Princeton University Press.
- Herzog-Stein, A. / Stein, U. / Zwiener, R. (2019):** Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2018 im europäischen Vergleich. *IMK-Report Nr. 149*.
- Herzog-Stein, A. / Stein, U. (2024):** Herausforderungen einer Mehrfachkrise in ganz Europa spürbar – Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2023. *IMK-Report Nr. 190*.
- Hulten, J. (2010):** Growth Accounting. In: Hall, B. H. / Rosenberg, N. (Hrsg.): *Handbook of the Economics of Innovation*, Vol. 2. Elsevier: Amsterdam, S. 987-1031.
- Inklaar, R. (2026):** [Comparing PPP Changes with Relative Inflation: Evidence from PWT, Eurostat/BEA, and Official PPP Statistics](#), mimeo.
- Jorgenson, D. W. / Griliches, Z. (1967):** The explanation of productivity change. In: *The Review of Economic Studies*, Jg. 34, H. 3, S. 249-283.
- Krugman, P. (2026a):** Is Europe in Economic Decline, Paul Krugman Substack, 10. Mai 2026.
- Krugman, P. (2026b):** European vs. U.S. Economic Performance: An Update. Paul Krugman Substack, 05. Juli 2026.
- Marin, D. (2026):** The Illusion of European Wealth: Why Innovation Matters More Than Consumer Surplus, Project Syndicate, Juni 2026.
- NBER (2026):** [US Business Cycle Expansions and Contractions](#).
- Nikolov, P. / Simons, W. / Turrini, A. / Voigt, P. (2024):** Mid-Tech Europe? A Sectoral Account on Total Factor Productivity Growth from the Latest Vintage of the EU-KLEMs Database. *European Economy Discussion Paper*, Nr. 208.
- Nikolov, P. / Simons, W. / Turrini, A. / Voigt, P. (2026):** Mid-Tech Europe? Sectoral Patterns of Total Factor Productivity Growth in the EU vs the US. *Inter-economics*, Jg. 61, H. 1, S. 40-49.
- OECD (2023):** [Decomposition of aggregate labour productivity growth into industry contributions – Methodology applied in the OECD Compendium of Productivity Indicators 2023](#). Methodological note. Last updated January 2023.
- OECD (2025):** [OECD. Compendium of Productivity Indicators 2025](#), OECD Publishing: Paris.
- Quass, G. (2009):** [Macroeconomic aggregates in real terms and price indices in the old and new system of national accounts](#). MPRA Paper Nr. 22316.
- Solow, R. M. (1957):** Technical Change and the Aggregate Production Function. In: *The Review of Economics and Statistics*, Jg. 39, H. 3, S. 312-320.



Alle Links wurden zuletzt
am 23.07.2026 geprüft.

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-312

imk-publikationen@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Autorenkontakt

Ulrike Stein, PhD, ulrike-stein@boeckler.de

Ausgabe

IMK Report Nr. 202 (abgeschlossen am 03.08.2026)

Redaktionsleitung: PD Dr. Sven Schreiber
Satz: Sabine Keil

ISSN 1861-3683



„In Zeiten der Polykrise - Produktivitäts- und Arbeitskostenentwicklung 2025“ von Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein, Nico Rudolf ist unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 International lizenziert (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.